Nr. 245. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7071. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 19. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zehn Jahre Handelsvertragspolitik.

Die Ausführungen des östreichischen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause beweisen, daß die Regierung des Nachbarstaates sich rüstet, den unerhörten Zollforderungen der reichsdeutschen Hochschutzzöllner mit einem Zolltarif zu begegnen, der den reichsdeutschen Forderungen in nichts nachgeben soll. Das würde der Anfang eines deutsch-östreichischen Zollkrieges und das vorläufige Ende der Handelsvertragspolitik bedeuten. In einer solchen Zeit erscheint es denn doch angemessen, die Wirkungen der bisherigen Vertragspolitik auf das deutsche Wirtschaftsleben nochmals zu überschauen.

Professor Lotz hat jüngst in den Schriften des Vereins für Socialpolitik eine dankenswerte Uebersicht über den Ertrag der von den Agrariern viel geschmähten Handelspolitik gegeben, aus der sich ergiebt, wie vorteilhaft diese Politik — soweit es unter dem Walten des Kapitalismus möglich ist — für die gesamte Bevölkerung Deutschlands, die landwirtschaftliche eingeschlossen, gewesen ist und wie ein Abirren von ihr zu schweren Beeinträchtigungen unsres Wirtschaftslebens, insbesondere der Industrie, führen muß. Im Anschluß an Professor Lotz geben wir folgenden Rückblick.

Bei Abschluß der Handelsverträge im November 1891 erwarteten die verbündeten Regierungen zunächst einen Rückgang der Zolleinnahmen. Wenn die Zollermäßigungen, die den Vertragsstaaten zugestanden wurden, verallgemeinert würden, schien ein Zollausfall von 36 Millionen Mark möglich. Die Regierung erklärte sogar, als sie nach der Militärvorlage von 1893 Steuererhöhungen durchsetzen wollte, die Einnahmen des Reiches seien „in den letzten Jahren infolge der abgeschlossenen Handelsverträge um erhebliche Beträge verringert worden." In den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Handelsverträge benutzten Agrarier mit Vorliebe das Argument von der großen Schädigung der Reichsfinanzen, die die Handelsvertragspolitik gebracht habe.

Aber schon 1895 konnte Graf Posadowsky als Reichsschatzsekretär darauf hinweisen, daß der Rückgang der Einnahmen aus zollermäßigten Artikeln durch Mehreinnahmen aus Zöllen auf Kaffee, Kakao, Thee, Petroleum, Tabak aufgewogen sei. Es brachten dem Fiskus also Zölle auf solche Artikel Ersatz, für welche die Massen bei verbilligtem Lebensbedarf mehr ausgeben konnten.

Zu den wichtigsten Symptomen wirtschaftlichen Fortschrittes gehört der Verbrauch an Kohle, Roheisen und Baumwolle. Die betreffenden Ziffern weisen durchweg eine Steigerung auf, mit Ausnahme der Jahre 1894 und 1899 für Baumwolle. Verbraucht wurden pro Kopf der deutschen Bevölkerung in Kilogramm:

	Kohle (Stein- u. Braunkohle)	Roheisen	Baumwolle
1881/85	1445	74,2	3,34
1886/90	1686	88,6	4,19
1891/95	1940	99,9	4,95
1896	2153	122,9	4,85
1897	2276	134,1	5,36
1898	2352	136,4	6,30
1899	2470	154,9	5,71

Nach Berechnungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug der Anteil der drei wichtigsten Industrieländer an der Roheisen-Produktion der Welt in Tons:

	1880	1890	1899
Ver. Staaten	3 896 554	9 349 943	13 838 634
England	7 800 266	8 030 374	9 454 000
Deutschland (mit Luxemb.)	2 729 038	4 658 451	8 142 017

Die Kohlengewinnung stieg nach Schätzungen 1889/99 in Großbritannien von 176,9 auf 220 Millionen Tons, in Deutschland von 67,3 auf 101,6, in den Vereinigten Staaten von 126 auf 218 Millionen Tons, in Frankreich nur von 23,85 auf 32,3 Millionen Tons

Die vollspurigen deutschen Eisenbahnen wiesen am Ende des Rechnungsjahres 1891 einen Verkehr von 11 679 Millionen Personenkilomer und 23 328 Millionen Tonnenkilometer, am Ende des Rechnungsjahres 1899 einen solchen von 18 595 Millionen Personenkilometer und 34 981 Millionen Tonnenkilometer auf. Die Eigentums-Bahnlänge stieg gleichzeitig nur von 42 269 auf 48 989 Kilometer. Die Ueberschüsse der Betriebseinnahmen über die Ausgaben der vollspurigen deutschen Eisenbahnen stiegen 1891—1899 von 472 auf 751 Millionen Mark.

Die Tragfähigkeit der statistisch in dieser Hinsicht kontrollierten deutschen Fluß-, Kanal-, Haff- und Küstenschiffe stieg folgendermaßen: 1882: 1 658 266, 1892: 2 760 553, 1897: 3 370 447 Tonnen. Den gewaltigen Aufschwung der deutschen Seeschiffahrt zeigen die bezüglichen Zahlen der Transport-Leistungsfähigkeit. Sie wird (in 1000 Brutto-Registertons) folgendermaßen geschätzt: 1874/75: 1511,8; 1894/95: 3767,7; 1898/99: 5412,4.

Die Gebühreneinnahmen von Post und Telegraphen stiegen im Deutschen Reiche 1891—99 pro Kopf der Bevölkerung von 4,8 auf 7,1 M. Im einzelnen zeigt der Postanweisungsverkehr, Paketverkehr, Briefverkehr und Telegrammverkehr eine stärkere Zunahme als der Zunahme der Bevölkerung entsprechen würde.

Der Abrechnungsverkehr der Banken, welcher 1891 17 663 Millionen Mark in Deutschland umfaßt hatte, zeigte 1892 zwar einen geringfügigen Rückgang, stieg aber dann, ohne daß — abgesehen von Elberfeld — neue Abrechnungsstellen eröffnet worden wären, fortgesetzt bis 1899, in welchem Jahre die Summe von 30 238 Millionen Mark erreicht wurde. 1900 kündigte sich die verschlechterte Konjunktur in einem Rückgang auf 29 473 Millionen Mark an.

Die deutsche Bevölkerung ist 1890—1895 prozentuell stärker gestiegen als jemals seit Begründung des Reiches, mit Ausnahme von 1875—1880, nämlich um jährlich 1,12 Proz. Im Jahrfünft 1895—1900 aber betrug die Zunahme im Jahresdurchschnitt 1,50 Proz. der mittleren Bevölkerung. Diese Zunahme ist seit 1820 ohnegleichen. Die Dichtigkeit der Bevölkerung in Deutschland beträgt 1900 104,2 Einwohner auf 19 Kilometer, während Frankreich Mitte 1898 nur 72,2 Einwohner pro Quadratkilometer aufweist, andrerseits Großbritannien und Irland zusammen 132 Einwohner pro Quadratkilometer ernähren. In Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern leben in Deutschland 16,17 Prozent der gesamten Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung 1890/1900 ist erfolgt, obwohl Deutschland nicht mehr so übermäßige Geburtenziffern wie 1871/80, sondern ungefähr dieselben Geburtenziffern wie 1841/50 aufweist. Die Häufigkeit der Eheschließungen hat zwischen 1879 und 1891 niemals die Ziffern erreicht, wie zwischen 1896 und 1899. Die überseeische Auswanderung Deutscher — soweit statistisch kontrollierbar — hat in den Jahren 1881—1892 zwischen 220 902 und 83 225 geschwankt. Sie fiel 1893 auf 87 677 und hat seidem sich fast jährlich vermindert. Im Jahre 1900 verlor Deutschland nur 22 309 Einwohner durch überseeische Auswanderung.

Alle die düsteren Prophezeihungen der Brotwucherer über den durch den Abschluß der Handelsverträge eintretenden „Rückgang" der Landwirtschaft haben sich nicht erfüllt. So zunächst bezüglich des Viehstandes. Bei einem Vergleiche der Viehzählungen von 1892 und 1897 erweist sich nur bei den Schafen eine Fortsetzung des auch unter der früheren Zollpolitik bemerkten Rückganges, diesmal von 13,59 auf 10,867 Millionen. Die Zahl der Schweine hat sich dagegen von 12,17 auf 14,27 Millionen vermehrt. Der Rindviehbestand stieg bei beträchtlicher qualitativer Verbesserung von 17,556 auf 18,491 Millionen, der Pferdebestand von 3,836 auf 4,088 Millionen.

Die Forstwirtschaft hat sich ganz allgemein in Deutschland gehoben und die Ziffern der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen weisen nur angesichts der auch in andern Ländern verhängnisvollen Jahre 1892 bis 1896 ungünstige Ziffern auf, während sie sich seitdem fortgesetzt verringern. Soweit aus der Erntestatistik auf die Anbauflächen geschlossen werden darf, ist seit Ermäßigung der Getreidezölle nur bei Spelz ein gewisser Rückgang der Ernteflächen gegen 1890 im Jahre 1900 wahrzunehmen. Die Erntefläche für Roggen ist dagegen 1900 um 130 000 Hektar, die Erntefläche für Weizen um etwa 89 000 Hektar gegen 1890 gestiegen. Auch die Erntefläche für Kartoffeln ist gestiegen. Die deutschen Märkte verzeichnen auch beim Sinken der Getreidepreise unter dem 3½ Mark-Zoll in manchen Jahren die höchsten Notierungen der Industriestaaten der Welt. Die Brotwucherer haben noch immer ihren Profit gemacht.

Angesichts dieser Zahlen ist nicht zu bezweifeln, daß die Handelsvertrags-Politik der ersten neunziger Jahre günstig und befruchtend auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben gewirkt hat. Um so schlimmer wird sich für Deutschlands Entwicklung die Absperrungspolitik Bülows und seiner agrarischen Helfershelfer gestalten, die jetzt, noch dazu in der Periode des Niedergangs, alles zerstören, was die bisherige Vertragspolitik mühsam gebaut hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Luftkissen.

Die Resolution, die am Donnerstag von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung angenommen wurde, ist eine rechte und echte Dragageburt. Hinter der verheißungsvollen Geschwollenheit, die den Kampf ums Recht der Selbstverwaltung gebären zu wollen scheint, steckt nichts als ein schwindelhaftes Luftkissen. Man kann auch sagen: Die Stadtfreisinnigen liefern nach dem Muster der preußischen Junker von 1807 die Festungen aus, ehe noch ein ernsthaftes Gefecht beginnt.

Die angenommene Resolution Kaempf lautet:

„Den Magistrat zu ersuchen, den in dem Schriftwechsel mit dem Polizeipräsidium entwickelten Rechtsstandpunkt festzuhalten, nach welchem nur eine baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung der Märchenbrunnen erforderlich ist."

Das soll eine Rechtsverwahrung sein! Wie wird und muß sich nun in Wirklichkeit die Angelegenheit entwickeln?

Wollten die Stadtverordneten ernsthaft die Rechtsfrage zur Entscheidung bringen, so giebt es keinen andren Weg, als den letzten, auch vom Magistrat einstimmig gebilligten Beschluß der Kunstdeputation unverzüglich zur Ausführung zu bringen, d. h. den Polizeipräsidenten zu ersuchen, sich darüber zu äußern, ob er den Baukonsens für die Märchenbrunnen nach den eingereichten Entwürfen erteilen will oder nicht, und im Fall der Ablehnung den Prozeß einzuleiten.

Die Resolution Kaempf fordert ein andres Verfahren. Sie faßt den Kampf ums Recht so auf, daß man ihm vor dem Beginn rücksichtsvoll ausweicht. Die Angelegenheit wird danach zunächst an die Kunstdeputation zurückgehen. Nach der Stimmung der Stadtverordneten-Mehrheit zu schließen wird man dort begeistert sich der höheren künstlerischen Einsicht der Audienz von Hubertusstock anschließen, und, da ja Herr Oberbürgermeister Kirschner eine kompetente Stelle entdeckt hat, die die Quadratur des Cirkels mit geringer Mühe zu bewerkstelligen vermag und Gruppen zugleich auflöst und verbindet, so wird man leicht eine Aenderung im Sinne des Kaisers, doch unter Aufrechterhaltung der Hoffmannschen „Grundidee", erfinden. Wir denken, daß man dies etwa in der Weise bewirkt, daß man die Märchengruppen zum Herausnehmen nach Art der Zusammensetzspiele der Kinder einrichtet. Den einen Tag werden sie dann in den monumentalen Aufbau eingefügt — die Grundidee der Stadt — den andern werden sie losgelöst und in einzelnen Gruppen gesondert aufgestellt — der Wunsch der Krone. So wechselt man Tag für Tag ab und so findet man denn in der That die höhere Einheit des Unvereinbaren, die von der kompetenten Stelle des Oberbürgermeisters in Aussicht gestellt worden ist. Die technischen Schwierigkeiten solcher zerlegbaren Märchenbrunnen sind gewiß recht geringfügig gegenüber der Lindenunterführung der Straßenbahn.

Der so geänderte Entwurf geht nun an den Polizeipräsidenten. Der erteilt die Erlaubnis, und die Sache wird gemacht. Für die Austragung der Rechtsfrage bleibt mithin bei diesem Verfahren nicht der mindeste Raum übrig. Denn die Stadt kommt garnicht dazu, ihr Recht zu wahren, weil sie ja vor dem Prozeß nachgegeben hat.

Es kann aber auch sein, daß der Polizeipräsident auch die geänderte Darstellung noch nicht gemütvoll genug findet und abermals dem Magistrat mitteilt, der Entwurf entspreche nicht den allerhöchsten Wünschen. Was geschieht in diesem Falle? Dann sind wir wieder glücklich zum Anfang zurückgekehrt. Die freisinnige Mehrheit wird abermals ihr Recht wahren, abermals jedoch die schuldige Rücksicht üben und vor der Durchfechtung der Rechtslage sich zu neuen Aenderungen entschließen, bis endlich der Entwurf „unter Aufrechterhaltung" der Grundidee so gestaltet ist, daß der Polizeipräsident den Konsens erteilt.

In keinem Falle ermöglicht die Resolution Kaempf die Klärung der Rechtsfrage. Sie ist also nichts als eine Vorspiegelung falscher Thatsachen, als ein Luftkissen. Die Leipziger Bank und die Sandenbanken, die Trebertrockner und Terlinden mögen nach derlei Resolutionsmaximen gewirtschaftet haben.

Es ist denn auch nicht zu erstaunen, daß selbst die wildesten Reaktionäre und Scharfmacher an diesem Luftkampf ums Recht ihre helle Freude haben. „Post", „Kreuz-Zeitung", „Berliner Neueste Nachrichten" schreiben dem vernünftig gewordenen Freisinn das schönste Zeugnis, wissen sie doch, daß das Verhalten geeignet ist, den zwar nicht mehr gefährlichen, aber immerhin noch zu beachtenden liberalen Feind völlig zu ruinieren. Ein konservativer Christenmensch tötet zwar nicht seinen Feind, er freut sich aber doch, wenn er durch Selbstmord endet. So sind die reaktionären Lobpreisungen als fromme Aufmunterungen zur Selbstentleibung aufzufassen.

In dieser Tendenz spricht die „Kreuz-Zeitung" — die es übrigens nicht für ausgeschlossen hält, „daß aus andren Gründen (?) die Einholung der königlichen Genehmigung sich als notwendig erweist" — von der „verständigen Haltung" der Stadtverordneten-Versammlung. Die „Post" freut sich, daß die Freisinnigen „mit wahrhaft ostentativer Deutlichkeit von der Socialdemokratie" abgerückt sind. Eine sehr begründete Freude, denn ohne die Socialdemokraten muß der Freisinn zu Grunde gehen! Es sei, so meint das alte Stumm-Blatt, seit der Märzgefallenen-Frage „eine im Interesse der Stadt selbst nur erwünschte Einkehr und Umkehr eingetreten". Jetzt könne man erwarten, „daß auch in betreff der Wahl des zweiten Bürgermeisters die ruhige Ueberlegung den Sieg davontragen und man sich recht bald zur Wahl eines Mannes entschließen wird, auf den sich die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien in der Stadtverordneten-Versammlung vereinigt und welcher demzufolge nicht als Bürgermeister von Singers Gnaden erscheint." Gewiß, und eines Tages wird man auch aus „schuldiger Rücksicht" Kirchen in jeder gewünschten Anzahl bauen.

Daß auch die liberale „National-Zeitung" über die Farce höchlichst befriedigt ist, erklärt die nationalliberale Rasse hinlänglich. Den Vogel des Blödsinns schießt aber wieder das freisinnige „Berl. Tagebl." ab, das da meint: „In eignen Partei-Angelegenheiten hütet sich die Socialdemokratie, wie der Ausgang der Bernstein-Debatte auf dem Lübecker Parteitage bewies, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Dieses socialdemokratische Beispiel haben die Berliner Stadtverordneten befolgt." Demzufolge scheint das „B. T." den Kaiser als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung zu reklamieren, das zwar gelegentlich ketzerische Anwandlungen habe, mit dem aber doch eine Verständigung über die Parteiaufgaben möglich sei.

Nur ganz vereinzelt finden sich in der bürgerlichen Presse Worte schärferen Protestes. Die Haltung der Mehrheit wird von der „Freisinnigen Zeitung" verurteilt.

Selbst einem „nationalen" Blatt wie der „Täglichen Rundschau" graut vor dem Gang der Dinge. Es fühlt die Niedrigkeit der freisinnigen Taktik, und es ist sich klar darüber, daß die Socialdemokratie allein die Haltung einnimmt, die weit über den Kreis der Partei hinaus von allen anständigen und urteilsfähigen Elementen geteilt wird. Klagend ruft das Blatt aus:

„Ein andres ist es, was uns im Angesicht der aufkeimenden Friedenshoffnungen nachdenklich stimmt. Das ist der Schaden, den aus so unbeträchtlichem Anlaß die Krone nimmt. Mögen doch die Berliner ihre Anlagen schmücken, wie's ihnen behagt; ist das ein würdiger Grund, das hehre Haupt der deutschen Nation in den erniedrigenden Tagesstreit herabzuzerren? Straßauf, straßab

wandeln heute die Kamelots auf der Friedrichstraße und brüllen sich heiser: „Hochinteressanter Artikel des „Vorwärts“ über den Märchenbrunnen“, und jedes giftige Wort, das Singers massive Dreistigkeit gestern gegen den Monarchen schleuderte, findet lüstern lauschende Ohren und manches dringt gar noch tiefer. Der gemeine Menschenverstand steht hier eben vor einem Problem, das er nicht fassen mag: warum soll denn durchaus eines Mannes Geschmack (und sei er noch so hochstehend) maßgebend sein; weshalb soll zu den „aufgelösten“ Gruppen der Siegesallee nicht draußen am Friedrichshain sich ein massiveres „Gegenstück“ erheben? Nun ist es ja richtig, daß Baumeister Hoffmann gestern selbst sein Kind preisgab; daß auch ihm jetzt die Anlage zu festlich, zu großartig und pompös erscheint. Aber man wird doch fragen dürfen, ob er auch ohne die kaiserliche Huld, die ihn in Hubertusstock bestrahlte, zu dieser Auffassung gekommen wäre; ob er dem tieferen Kunstverständnis sich beugte oder nur ehrerbietig vor seinem Kaiser zurückwich.“

Derweilen blickt der Hoflieferanten-Freisinn hoffend auf die Fruchtbarkeit täuschender Luftkissen . . .

Der Professor des Kaisers.

Die Initiative Wilhelms II. bethätigt sich auf allen Gebieten des Lebens, sie geht über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus, und bedient sich der mannigfachsten Mittel. Donnerstagnacht meldete das Telegraphenbureau die folgende, bereits mitgeteilte Depeschenbotschaft des Kaisers:

Neues Palais. Patent für Dr. Spahn von mir heute vollzogen. Er wird gewiß eine vortreffliche Lehrkraft für die Universität werden. Freue mich einen der lange gehegten Wünsche meiner Elsaß-Lothringer haben erfüllen zu können, und ihnen sowohl als meinen katholischen Unterthanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis von Vaterlandsliebe und Treue zum Reich immer zu Nutz und Frommen des Vaterlandes von mir verwendet wird.

Wilhelm I. R.

Selbst in dem reichen Zettelkasten der „Vossischen Ztg.“ hat sich kein Präzedenzfall für eine solche allerhöchste Einführung eines Professors vorgefunden.

Die Universitäten befinden sich in einer ähnlichen Lage wie die Gemeinde Berlin. Sie haben rechtlich die Selbstverwaltung, aber sie dürfen nur einen sehr bescheidenen Gebrauch davon machen. Seit längerer Zeit ist es System, daß der Minister über den Kopf der Fakultät hinweg sogenannte Strafprofessoren geschickt hat. Immer aber fiel die Verantwortung auf die Regierung.

Jetzt erscheint der Kaiser selbst als die Instanz, die für die rechte Auswahl der Professoren Sorge trägt. Zwar hat die Straßburger Fakultät den 25jährigen Herrn Spahn nicht nur nicht vorgeschlagen, sondern direkt gegen seine Wahl Protest erhoben. Aber Wilhelm II. hat den Wunsch, einen katholischen Professor seinen elsaß-lothringischen „Unterthanen“ zu gewähren, er hat sich überzeugt, daß Herr Spahn wissenschaftliche Tüchtigkeit besitzt und eine vortreffliche Lehrkraft sein wird — also ernannte er den jungen Sohn des Centrumsführers gegen den Willen der Universität zum Professor. Nach dem Vorbild der Herren Kirschner und Hoffmann werden ja nun wohl auch die Professoren Straßburgs überzeugt sein, daß Herr Spahn eine durchaus wertvolle Kraft sei.

Den Katholiken wird freilich — darin irrt sich der Kaiser — durch die Berufung Spahns keine reine Freude bereitet. Denn es hat sich inzwischen erwiesen, daß Spahn durchaus kein zweifelsfreier Centrumsmann sei. Die bittere Meinung der Straßburger klerikalen Presse haben wir gestern mitgeteilt. Es bleibt auch ihr nichts andres übrig, sich zu bekehren, wie es die „Germania“ thut, und trotz alledem den katholischen Professor des Kaisers als ein Geschenk an das Centrum zu preisen. An Liebenswürdigkeiten gegen die edlen Herren der katholischen Kirche hat es der Kaiser ja ohnehin niemals fehlen lassen. —

* * *

Deutsches Reich.

Kotau-Konkurrenz erfährt der Berliner Kommunalfreisinn seitens des antiliberalen Hanseatentums. Die „Bremer Bürger-Ztg.“ berichtet:

Das Eingehen auf Wünsche des Kaisers ist seit der Betreibung unsrer Weltpolitik für den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie ein Mittel gewesen, die Reichspolitik vor den Wagen ihrer Interessen zu spannen. Die beiden Gesellschaften haschen um die Wette nach der kaiserlichen Gunst, bald telegraphiert Ballin, bald Wiegand den Kaiser an, und jeder Wunsch desselben ist den Oberhanseaten Befehl — sobald in der Ferne ein Profitchen dabei winkt. Dafür liefert eine neuerliche Meldung über den Norddeutschen Lloyd wieder einen Beweis. Es wird nämlich berichtet, daß der Norddeutsche Lloyd seine in der Fahrt zwischen hier und New York befindlichen Schnelldampfer „Kronprinz Wilhelm“, „Kaiser Wilhelm der Große“ und „Kaiserin Maria Theresia“ vom 1. Oktober d. J. an auf der Heimreise anstatt in Southampton den Hafen von Plymouth anlaufen lassen wird. Man wird sich erinnern, daß vor einigen Monaten viel davon die Rede war, Wilhelm II. interessiere sich sehr lebhaft für die im Hafen von Plymouth in Angriff genommenen Hafenneubauten und wünsche, daß die deutschen Oceandampfer dort anlaufen möchten. Bekanntlich begegnete der letztere Wunsch in den Kreisen der Reeder durchaus keiner Sympathie, da seine Erfüllung mit beträchtlichen Umständlichkeiten und Mehrkosten verknüpft sein sollte. Und nun dieser Umschwung. Der Lloyd muß doch wohl gefunden haben, daß auf irgend eine Weise dabei ein Vorteil für ihn herausspringt, mindestens der, persona gratissima an höchster Stelle zu sein. —

Ein weißer Rabe. Professor v. Liszt, der bekannte Rechtslehrer, hat am Mittwoch im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller in einem Vortrag über nationale Arbeit und Völkerrecht Veranlassung genommen, die Aneignung der astronomischen Instrumente in Peking als **völkerrechtswidrig** zu verurteilen. Die Erklärung des Professors v. Liszt verdient alle Anerkennung. Aber wo bleiben die übrigen deutschen Rechtslehrer und die Vertreter unsrer akademischen Wissenschaft überhaupt? Als es galt, für die Wasserpolitik die Reklametrommel zu rühren, war der deutsche Professor der Hans Dampf in allen Gassen; jetzt, wo es gilt, Deutschlands Charakter als Kulturstaat zu retten, hüllt er sich gleichmütig in Schweigen. —

Schweigend dulden sollen nach konservativer Meinung die Staatsbeamten. Die „Kons. Korresp.“ macht auf den kürzlich entstandenen Verein der Bahnsteigschaffner und Bahnhofsporties aufmerksam, der sich die Besserung der Verhältnisse dieser Beamten zum Ziele gesetzt hat und auch ein eignes Blatt „Der Bahnsteigschaffner“ gegründet hat. Dazu schreibt das konservative Blatt:

„Diesen Beamtenvereinen auf „unpolitischer“ Grundlage wird man an zuständiger Stelle unausgesetzt Aufmerksamkeit widmen müssen, damit sie sich nicht zu Einfallsthoren für die Socialdemokratie gestalten. Nach unserm Dafürhalten ist eine solche Interessenvereinigung unter der Beamtenschaft in einem Staate, der es an Fürsorge für seine Diener wahrlich nicht fehlen läßt, etwas Anormales.“

Es ist ja durchaus unwahr, daß es der preußische Staat an Fürsorge für seine untern Beamten nicht fehlen ließe; ganz im Gegenteil sind die Verhältnisse dieser Beamten im höchsten Maße verbesserungsbedürftig. Aber davon ganz abgesehen, müssen die Beamten ohne weiteres und unter allen Umständen das Recht haben, sich zur Vertretung ihrer Interessen zu vereinigen. Oder sollen die Staatsbeamten etwa wie unmündige Kinder behandelt werden? —

Keine Siegestrophäe? Ein Berliner Lokalblatt will in Erfahrung gebracht haben, daß „an den in Frage kommenden amtlichen Stellen“ nicht das geringste davon bekannt sei, daß der Kopf En Hais mit nach Deutschland gebracht worden sei oder daß gar ein Auftrag dazu ergangen sei. Sei der Kopf En Hais wirklich nach Berlin geschickt worden, so könne es sich nur um die Privatangelegenheit eines Arztes handeln, der sich den Schädel zu wissenschaftlichen Zwecken angeeignet habe. Aus derselben Quelle, die jetzt diese Beruhigungsnotiz verbreitet, stammte seiner Zeit auch die Nachricht, daß die Pekinger Instrumente käuflich erworben seien. Man wird also abwarten müssen, ob sich diese Darstellung bestätigt. —

Professor Koch über die Typhusepidemie in Gelsenkirchen. Freitagvormittag hielt Professor Koch in Gelsenkirchen einen Vortrag über Maßregeln zur Bekämpfung des Typhus. Er empfahl Einführung einer ständigen Seuchenüberwachung, verbunden mit einer bakteriologischen Station. Hinsichtlich der Entstehungsursache der Epidemie äußerte Professor Koch, daß die Ansicht des Regierungsrates, Medizinalrats Dr. Springfeld, wonach ein Rohrbruch vor einem verseuchten Hause Typhusbazillen in die Wasserleitung geführt habe, ihm die wahrscheinlichste zu sein dünke. —

Ein interessanter politischer Prozeß wird nach jahrelanger Dauer endlich am 22. Oktober vor dem Schöffengericht zu Kassel seinen Abschluß finden. Es handelt sich um den Beleidigungsprozeß des antisemitischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Werner gegen den Redacteur Erdmannsdörffer in Wilhelmshaven (früher Marburg). Letzterer hatte Anfang 1898 eine Broschüre erscheinen lassen, in der er die antisemitische Partei kritisch beleuchtete und unter anderm die Behauptung einfließen ließ, antisemitische Abgeordnete lieferten gegen Entgelt einem jüdischen Journalisten Nachrichten parlamentarischer Art (Kommissionsberichte). Von den „Deutsch. Soc. Blättern“ des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wiederholt aufgefordert, Namen zu nennen, „widrigenfalls er sich dem Verdacht aussetze, Verleumdungen verbreitet zu haben“, nannte Erdmannsdörffer endlich die Abgeordneten Werner und Hirschel. Werner drohte Klage an, diese erfolgte aber nicht. Erst im August 1899 griff Erdmannsdörffer auf Grund eines anderweitigen Angriffs der „Deutsch. Soc. Bl.“ gegen ihn auf die Anklage gegen Werner zurück, und erweiterte sie mit der Beschuldigung, daß Werner, als er seine Verbindung mit einem jüdischen Journalisten ableugnete, eine bewußte Unwahrheit ausgesprochen habe. Nunmehr kündigte Werner wiederum Klage an. Als diese aber im Oktober 1899 noch nicht erhoben war, interpellierte ihn Erdmannsdörffer in seiner Zeitung und in einer Versammlung zu Hersfeld daraufhin und erhielt zur Antwort, daß Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgt sei. Diese lehnte kurz darauf die Strafverfolgung Erdmannsdörffers ab. Erst im April 1900 endlich wurde von Werner gegen Erdmannsdörffer die Privatbeleidigungsklage erhoben. Erst im Frühjahr dieses Jahres (1901) kam es jedoch zur ersten Verhandlung vor dem Amtsgericht zu Kassel. Erdmannsdörffer lehnte hierbei jede Ehrenerklärung ab, da seine Beschuldigungen wahr seien. Werner sagte, er habe nicht für den jüdischen Herrn Dr. Hamburger, sondern für den antisemitischen Herrn Dahsel gearbeitet. Was dieser mit den Berichten mache, sei ihm gleich. Erdmannsdörffer behauptet demgegenüber, daß Dahsel nur Deckadresse gewesen sei. Der Gerichtshof beschloß daraufhin, Zeugen kommissarisch zu vernehmen. Und zwar wurden in den nächsten Monaten vernommen: Dr. Hamburger (inzwischen wegen der Zolltarif-Verhöhnung aus Deutschland verschwunden), die Parlamentsjournalisten Woth und Dahsel und die Reichstags-Abgeordneten Müller-Fulda, Liebermann von Sonnenberg, sowie der frühere Abgeordnete Zimmermann. Wie mitgeteilt wird, sind die Aussagen durchweg im Sinne des Angeklagten ausgefallen, insbesondere wird die Aussage des Herrn v. Liebermann ein interessantes Licht fallen lassen auf die „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen diesem und seinem Gesinnungsgenossen Werner. Der Prozeß, in dem auch die Akten eines Prozesses Hirschel-Erdmannsdörffer werden verlesen werden, in dem Hirschel einen völligen Rückzug vor seinem Gegner antrat, wird die Zustände in der antisemitischen Partei in höchst charakteristischer Weise aufdecken. —

Die Wiesbadener Wahl. Aus dem Rheingau wird uns geschrieben: Die Reichs- und Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreis Wiesbaden macht den bürgerlichen Parteien viel Sorgen. Eugen Richter ist in seiner „Freis. Ztg.“ zwar sehr siegeszuversichtlich, aber diese frohe Hoffnung wird in den freisinnigen Kreisen Wiesbadens durchaus nicht geteilt. Die Freisinnigen wissen nur zu gut, daß sie nur mit Unterstützung der Konservativen, Nationalliberalen und Ultramontanen siegen können; versagen diese in der Stichwahl nur zum Teil die Gefolgschaft, dann ist der liebe Freisinn futsch. Deshalb kam es den Mannen Richters vor allem darauf an, einen Kandidaten zu erküren, der allen bürgerlichen Parteien möglichst viel Konzessionen zu machen bereit ist und vor allen Dingen den Bauern gefällt; denn im Rheingauer Bauerntum hatte Wintermeyer seinen stärksten Anhang. Sie glauben einen solchen vielseitigen Mann in dem Berliner Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger gefunden zu haben.

In konservativ-nationalliberalen Kreisen hat das Vorgehen der Freisinnigen schon verschnupft. Diese glaubten bei dieser Gelegenheit im Trüben fischen und das Landtagsmandat ergattern zu können. Dafür wollten sich die Konservativen und Nationalliberalen verpflichten, von vornherein die freisinnige Reichstagskandidatur zu unterstützen. Die Freisinnigen haben aber diesen schönen Kuhhandel abgelehnt und beanspruchen auch das Landtagsmandat für sich. Sie rechnen offenbar mit den Thatsachen, daß sich bei der voraussichtlichen Stichwahl ja doch der ganze Kuddelmuddel zusammenfinden wird, um dem verhaßten Socialdemokraten den Sieg streitig zu machen. Uebrigens ist den Freisinnigen das Landtagsmandat ziemlich sicher, viel sicherer als das Reichstagsmandat.

Der konservative „Rhein. Kur.“ weist mit folgenden durchschlagenden Gründen nach, warum Wiesbaden vor der roten Gefahr bewahrt bleiben müsse: „Wiesbaden ist kein Industrieplatz, es hat kein Proletariat im eigentlichen Sinne (?? D. V.) und die übrigen Parteien sind in einer Stärke vorhanden, gegen welche die Socialdemokratie nicht aufzukommen vermag. Wiesbaden ist auch ein Lieblingsaufenthalt des Kaisers; sein Hiersein gelegentlich der Festspiele setzt bedeutende wirtschaftliche Motoren in Bewegung, die dem wirtschaftlichen Leben und Verkehr unsrer Stadt zum Vorteil gereichen; gewiß auch ein Grund mehr, die Wahl eines Socialdemokraten zu vermeiden, wenn dies möglich ist . . . Von dieser Erwägung ist auch die nationalliberale Partei ausgegangen, als sie der freisinnigen Partei den Vorschlag machte, diese sollte ihr das Landtagsmandat abtreten, sie wolle dann ihrerseits dafür sorgen, daß das Reichstagsmandat der freisinnigen Partei auf alle Fälle erhalten bleibe.“

Die Freisinnigen haben — jedenfalls auf Kommando von Berlin — auf die „Loyalität“ der Nationalliberal-Konservativen gepfiffen. Aus Aerger darüber will nun der reaktionäre Mischmasch den Polizeipräsidenten Prinzen Ratibor als Reichstagskandidaten aufstellen. So berichten wenigstens rheinische Blätter.

Das Centrum will als Zählkandidaten Herrn Fuchs-Köln aufstellen. Daß seine Aktien schlecht stehen, giebt er selbst zu. Die „Rheinische Volkszeitung“, das Organ der Ultramontanen im Rheingau, sagt in einer Wahlbetrachtung ganz offenherzig, daß die Ersatzwahl alle bürgerlichen Parteien wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen habe, da sie alle unvorbereitet dastehen. In der Stichwahl werden die Schwarzen mit dem Kuddelmuddel gehen. Daß der ganze reaktionäre Mischmasch sich trotz aller jetzigen gegenseitigen Befehdung in letzter Stunde wieder zusammenfinden wird, deß sind auch wir überzeugt. Recht bezeichnend ist es zum Beispiel schon, daß die demokratische „Frankfurter Zeitung“ und „Kleine Presse“ sich in eifrigster Weise für den Freisinn ins Zeug legt, für denselben Freisinn, der erst kürzlich in Memel-Heydekrug und in Karlsruhe in so eklatanter Weise die Interessen des Fortschritts verraten hat. Und der Wiesbadener Freisinn ist aus keinem besseren Holz geschnitzt. Das sieht aber die Demokratie nicht an. Zu den rein kapitalistischen Interessen kommen im vorliegenden Fall noch persönliche Motive — das erklärt alles. —

Industriekrisis und Grenzsperre für Schlachtvieh. Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben: Das seiner Zeit aus veterinärpolizeilichen Gründen erlassene Verbot der Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich wird bei uns immer noch aufrecht erhalten, obwohl die Seuchengefahr, die den Anlaß dazu gegeben hatte, längst beseitigt ist. Unter dem hierdurch bedingten starken Steigen der Preise für Ochsen-, Rind- und Schweinefleisch hat die zahlreiche Industriebevölkerung des Reichslandes um so schwerer zu leiden, als ihre Erwerbsverhältnisse infolge des Darniederliegens der hauptsächlichsten Geschäftszweige des Landes gegenwärtig die denkbar ungünstigsten sind. Da vorerst keinerlei Anzeichen einer Besserung dieser Lage im kommenden Winter vorhanden sind, allem Anschein nach vielmehr eher eine weitere Schmälerung des Arbeitsverdienstes unsrer Industriebevölkerung zu erwarten ist, haben sich bereits mehrere öffentliche Körperschaften des Landes an die Regierung gewandt mit der Bitte, durch Aufhebung bezw. Milderung des rigorosen Fleischeinfuhr-Verbots einer allzu schlimmen Gestaltung der Lebenshaltung der großen Volksmassen einigermaßen vorbeugen zu helfen. Die Colmarer Handelskammer motiviert in ihrem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 1900/1901 den Protest gegen das Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch neben der Gefahr für die Ernährung der Arbeiter auch mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unsrer Ausfuhr nach den fleischexportierenden Ländern, vornehmlich nach Frankreich, dessen Schweinefleischpreise beispielsweise in den östlichen Grenzprovinzen um nahezu ein Drittel niedriger sind als bei uns. In derselben Richtung bewegt sich ein von der Mülhauser Metzgerinnung an die Regierung gerichtetes Gesuch, das die, wenigstens vorübergehende Aufhebung der Grenzsperre und die Zulassung der Einfuhr von französischen und italienischen Schweinen befürwortet. Dasselbe betont die Schwierigkeiten der Alimentierung der großen oberelsässischen Arbeiterbevölkerung mit Fleisch, namentlich Schweinefleisch, wie sie durch die Grenzsperre hervorgerufen wurden, und weist auf die Gefahr einer besonders in der Zeit der gegenwärtigen Krise besonders verderblichen weiteren Steigerung der Fleischpreise hin. Dann heißt es darin weiter:

Daß jetzt schon ein Rückgang des Konsums der für die Volksernährung so notwendigen Fleischnahrung stattgefunden hat, läßt sich durch eine Gegenüberstellung der Schlachtung der verflossenen zwei Monate mit jenen des vergangenen Jahres auf Grund amtlicher Schlachttabellen erweisen. Es ergiebt sich bei Schweinen in Mülhausen ein **Minderkonsum von 12 000 Kilogramm**, zwölftausend Kilo, welche Ziffer beredter und unwiderleglicher die Dringlichkeit unsres Gesuches zu begründen vermag, als lange Argumente es vermöchten. Daß sich diese Notlage während der Wintermonate als Hauptbedarfszeit von Schweinen in Mitteldeutschland für Dauerwurstfabrikation noch bedeutend steigern wird, läßt sich von jedermann voraussehen, und es dürfte bei der für diesen Winter unsrer Arbeiterbevölkerung drohenden Verdienstminderung dahin kommen, daß der Genuß von Fleischwaren nur noch ein Privileg der bemittelten Klasse würde, welches doch kaum die Absicht einer für das Wohl aller Stände bedachten Regierung sein dürfte.

Die reichsländische Regierung hat sich schon so oft als die Vertreterin einseitiger agrarischer Interessen erwiesen, daß wir der Petition der Mülhauser Metzgerinnung kaum ein günstiges Prognostikon stellen zu dürfen glauben. —.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 18. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Forscht, betreffend den deutschen autonomen Zolltarif, wird fortgesetzt. Nachdem Lecher, Kaftan und Chiari gesprochen haben, wird die Debatte geschlossen und der Dringlichkeitsantrag Forscht mit dem Zusatzantrage Kozlowski, den Antrag an den Ausgleichsausschuß zu verweisen, angenommen. Sämtliche Redner hatten sich für die Dringlichkeit ausgesprochen und den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland, jedoch unter Berücksichtigung der östreichischen Interessen, für wünschenswert erklärt. —

Ein Boeren-Interpellation im Abgeordnetenhaus. In der Freitags-Sitzung des Abgeordnetenhauses richtete Abg. Kaiser eine Interpellation an die Regierung über die Stellungnahme Oestreich-Ungarns zum Boerenkriege. Kaiser und die andren Interpellanten richten an den Ministerpräsidenten die dringende Anfrage, ob die Regierung bei dem Minister des Auswärtigen mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken gedenke, daß Oestreich-Ungarn für den endlichen Abschluß des Raubkrieges durch ein Schiedsgericht“ eintritt; ferner, daß England veranlaßt werde, den Anforderungen der Menschenrechte und des Völkerrechts gerecht zu werden und daß endlich Oestreich-Ungarn den kriegführenden Mächten in Afrika gegenüber vollste Neutralität bewahre. —

Abg. Schönerer bringt ferner eine Interpellation ein betreffend Ansiedelung französischer Ordenspersonen in Oestreich. Schönerer fragt, ob ein diesbezügliches Ansuchen bereits eingebracht sei und von seiten der Regierung solche Ansiedelungen erlaubt worden seien. —

Der neue böhmische Landtag. Nachdem nunmehr sämtliche Landtagswahlen vollzogen sind, setzt sich der Landtag wie folgt zusammen: 68 Jungczechen, 28 Deutschfortschrittliche, 24 Alldeutsche, 21 czechische Agrarier, 12 Angehörige der deutschen Volkspartei, 6 Altczechen, 3 deutsche Agrarier, 2 Czechisch-Radikale, 1 Deutsch-Christlichsocialer, 1 czechisch-radikaler Fortschrittlicher, 49 konservative Großgrundbesitzer, 21 verfassungstreue Großgrundbesitzer und 6 Virilisten. —

Norwegen.

Erhöhung der Tabakzölle. Das Storthing, dessen Sitzungen am 12. Oktober eröffnet wurden, hat beschlossen, die Tabakzölle in folgender Weise zu erhöhen: Tabakblätter und -Stengel von 1,75 Kr. auf 2,25 Kr. pr. Kilo, Rauchtabak von 2,10 Kr. auf 2,70 Kr., Schnupftabak von 3 Kr. auf 3,80 Kr., Cigarren und Cigaretten von 5 auf 6 Kr pr. Kilo. — Die neuen Zollsätze sind sofort in Kraft getreten. Man hofft dadurch eine Mehreinnahme von einer Million zu erzielen.

Des weiteren wird eine Erhöhung der Stempelsteuer sowie der Erbschaftssteuer geplant. Außerdem wurde in der Thronrede die Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffs Staatskontrolle über die Seetüchtigkeit der Schiffe sowie eines Gesetzentwurfs über: „Parzellen für Landarbeiter und Wohnungen für andre Unbemittelte“ angekündigt.

Belgien.

Gegen die Obstruktion. Die Klerikalen haben der Geschäftsordnungs-Kommission der Kammer eine Vorlage unterbreitet, wonach dem Präsidenten den Abgeordneten gegenüber größere Disziplinargewalt eingeräumt werden soll. Danach hätte der Präsident das Recht, ohne weiteres die zeitweilige Ausschließung eines „ruhestörenden Deputierten“ zu verhängen. Dieser hätte nur das Recht, sich zu erkären und ein Votum der Kammer zu verlangen; an Tagen großen Lärms würde selbst das Votumsrecht der Kammer wegfallen. Die Verwarnung wird gleichwertig erachtet einer Strafe von 200 Fr., die zeitweilige Ausschließung einer solchen von 500 Fr.; im Fall der Wiederholung soll der Präsident das Recht haben, die Strafen zu verdoppeln. Entschuldigt sich der Deputierte, so sollen diese Strafen aufgehoben sein.

Die Socialisten freuen sich der Diskussion, welche um dieses Maulkorb-Gesetz stattfinden wird.

Die internationale Zuckerkonferenz tritt in nächster Woche wieder in Brüssel zusammen. Vertreten wird sein: Frankreich, England, Deutschland, Oestreich, Belgien, Italien und Rumänien. —

Publikation der parlamentarischen Berichte. Der socialistische Deputierte Eduard Anseele hat in der Kammer den Antrag gestellt, das Abonnement auf die Protokolle der Parlamentsverhandlungen auf 1 Fr. herabzusetzen. Früher wurden in Belgien nur die parlamentarischen Annalen herausgegeben; ihr Preis wurde successive von 12 auf 6 und schließlich auf 3 Fr. herabgesetzt. Diese Veröffentlichungen genügten aber nicht und man beschloß die Herausgabe von Protokollen, die dem Publikum für einen Preis von 1 Fr. zur Verfügung standen. Im Jahre 1884/5 waren 24 697 Abonnenten für die französische, 26 449 für die vlämische Ausgabe vorhanden; im Jahre 1894/5 war die Zahl der ersteren auf 42 380 gestiegen, die der letzteren auf 18 802 zurückgegangen. Im Jahre 1895 aber wurde der Preis auf 4 Fr. festgesetzt. Die Folge davon ist, daß heute nur noch 4778 Abonnenten auf den französischen und 1141 auf den vlämischen Text vorhanden sind. 55 000 oder 9/10 der früheren Abonnenten sind also verschwunden. Es sei merkwürdig, so heißt es in der Begründung des Antrags, daß man die Verbreitung der parlamentarischen Schriften durch Erhöhung des Abonnementspreises gerade in dem Moment zurückgedrängt habe, wo die ersten proletarischen Repräsentanten in die Kammer eingezogen seien. Die Maßnahme sei diktiert von der Furcht der Reaktion vor der Entwicklung der Demokratie und des Socialismus. — Bei uns in Deutschland liegen die Dinge bekanntlich noch weit schlimmer; außer den Abgeordneten selbst sind die parlamentarischen Berichte fast niemand zugänglich. —

Die Neue Universität. Am Montagabend wurde die Neue Universität mit einer Rede de Robertys über das Wesen der Philosophie und einen Vortrag des Abgeordneten Genossen Destrée über die Decadenz des Parlamentarismus eröffnet. Am Mittwoch begann Genosse Enrico Ferri eine Reihe Lesungen über Kriminalogie. —

England.

Die öffentliche Meinung und der Krieg. London, 16. Oktober. Seit der Verhängung des Standrechts über die ganze Kapkolonie laufen die Nachrichten vom Kriegsschauplatze nur spärlich ein. Der Mangel an Nachrichten hat merkwürdigerweise viel zur Beruhigung der Gemüter beigetragen. In einem wirklich freien Lande hätte die Wirkung eine entgegengesetzte sein müssen. Die Entrüstung, die durch die Aktionen Bothas bei Itala und Prospekt hervorgerufen wurde, legte sich nach und nach und der alte Eigensinn, „den Boeren keine Spur von Selbständigkeit zu lassen", macht sich wiederum geltend. Als Nachklang dieser Entrüstung war der Angriff gegen Buller zu betrachten, der zum Kommandierenden des ersten Armeecorps in Aldershot ernannt wurde. Aber Bullers Verteidigung, daß die Niederlage bei Colenso seinem „enormen Pech" (rank bad luck) geschuldet war, hat die Angreifer zum Schweigen gebracht. Man fürchtete, er könnte eine zweite Verteidigungsrede loslassen. Das Klassenbewußtsein der englischen Bourgeoisie ist zu mächtig entwickelt, um über die in ihrem Innern fressende Korruption öffentliche Diskussionen führen zu lassen. Die Kritik wird zwar nicht durch die gepanzerte Faust der Gewalt unterdrückt, aber der sanfte Handdruck der Respektabilität hat hier dieselbe Wirkung.

Mittlerweile machen die Boerenführer stille Versuche, ihre Friedensbedingungen dem englischen Publikum mitzuteilen. Die „Daily News", die mit dem Boerenkomitee in Holland in Verbindung steht, schreibt unter heutigem Datum: „Es ist Grund für die Annahme vorhanden, daß der heroische Traum nach Unabhängigkeit bei den Boeren im Schwinden begriffen ist. Mr. Krüger und seine Freunde mögen ihn noch hegen, aber diese haben schon lange aufgehört, die Situation zu beherrschen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Boeren in Unterhandlungen eintreten und sich gewissen Bedingungen unterwerfen wollen. Man giebt zu verstehen, daß sie auf folgende drei Punkte Gewicht legen: 1. Amnestie für alle am Kriege Beteiligten; 2. genügende Geldunterstützungen zur Wiederherstellung ihrer Häuser und Farmen; 3. Ersetzung Milners durch eine ihnen sympathischere Persönlichkeit. Nach Gewährung dieser Bedingungen wären sie bereit, auf ihre Flagge zu verzichten."

So bescheiden die Friedensbedingungen sind, so kann doch kein Beobachter des englischen Lebens sich dem Glauben hingeben, daß sie bei der jetzigen Regierung Gehör finden würden. Für den Freund des Fortschritts und des Friedens ist die gegenwärtige Lage in England eine verzweifelte. Die Millionen von Arbeitern sind stumm oder vulgär-patriotisch. Sie haben keine Presse, keine parlamentarische Vertretung und man weiß überhaupt nicht, ob sie etwas wollen. Die Liberalen sind zerklüftet und schwach; ihr Führer, Lord Rosebery ist „Festredner des Empires" und erst gestern hielt er eine wunderschöne Rede in Birmingham über die Philosophie der Politik, einen feierlichen Monolog über das Sein und Nichtsein Englands. Für eine große politische That ist er nicht zu haben. Er ist der Hamlet des zeitgenössischen Englands. So bleiben nur Chamberlain und Salisbury, an denen sicherlich kein Mensch außerhalb von Bedlam für Fortschritt und Freiheit etwas erwarten könnte.

Unter diesen Umständen wäre es im Interesse Englands innigst zu wünschen, daß die Boeren den Sieg erringen. Die Engländer brauchen im Interesse ihrer Zukunft eine tüchtige Niederlage. —

Rußland.

Finnland und das neue Wehrpflicht-Gesetz. Das neue Gesetz über die Wehrpflicht in Finnland, das Rußland den Finnländern in verfassungswidriger Weise aufgezwungen hatte, sollte an den beiden letzten Sonntagen im September im ganzen Lande von den Kanzeln herunter durch die Geistlichen verlesen werden. Da aber viele von diesen Bedenken dagegen äußerten, sandte der Erzbischof Cirkulare herum, worin er sie väterlich ermahnte, sich nicht dem Willen der Obrigkeit zu widersetzen. Gleichwohl haben 50 Geistliche das Gesetz, ohne es verlesen zu haben, zurückgeschickt und 20 andre haben um Dispensation von der Verlesung nachgesucht. Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, ist das Gesetz nicht in einem einzigen Kirchspiele des Landes vorschriftsmäßig verlesen worden; entweder verließ die Gemeinde die Kirche stillschweigend, sobald mit der Verlesung begonnen werden sollte, oder es wurde lebhaft protestiert, oder man räumte die Kirche unter lauten Protesten.

Ueber das Zustandekommen der Massenpetition gegen das Wehrpflicht-Gesetz wird jetzt aus Helsingfors unter andrem berichtet: Die Petition wurde in 10 000 Exemplaren gedruckt, durch freiwillige Boten über alle Teile des Landes verbreitet und in kürzester Zeit von einer halben Million des Lesens und Schreibens kundige Bürger unterzeichnet. Das alles mußte natürlich in größter Heimlichkeit vor sich gehen, denn das Volk Finnlands besitzt nun keine Versammlungsfreiheit mehr wie im Jahre 1899, wo der Wortlaut der Petition an den Zaren in allen Kirchen verlesen wurde. — Das Resultat muß als ein großartiges angesehen werden und zeigt aufs beste, wie tief die Unruhe und das Mißbehagen über das neue Wehrpflichtgebot ins Volk gedrungen ist." —

Asien.

Zur afghanischen Frage. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" drahtet aus Askebad, daß angesichts des bestehenden unruhigen Geistes und der Möglichkeit von Wirren an der afghanischen Seite von Turkestan das russische Kriegsministerium die schleunige Mobilmachung aller Kosackenregimenter des Ural, von Orenburg und Semiretchensk befohlen habe. Die im Kaukasus stehenden Truppen werden zur Zeit noch nicht aufbrechen, haben aber Befehl erhalten, sich für die Mobilmachung bereit zu halten. Der Kriegsminister wird alle russischen Posten an der afghanischen Grenze inspicieren, um persönlich volle Information zu erlangen hinsichtlich irgend welcher Schritte, die zur Verteidigung der Grenze notwendig sein könnten.

Der Berichterstatter fügt hinzu, aus diesen Maßnahmen gehe deutlich hervor, daß in Afghanistan nicht alles so ruhig sei, wie die Telegramme aus Indien dies anzudeuten scheinen. —

Der Boeren-Krieg.

Lord Henker an der Arbeit.

Wie aus Cradock gemeldet wird, sind die Boeren-Kommandanten Breda und J. Krüger am Donnerstag hingerichtet worden.

Noch immer hört man nichts von Repressalien der Boeren. Diese Langmut und der dadurch bewiesene Abscheu der Boeren vor Grausamkeiten widerlegt am besten die englischen Legenden von der angeblichen Ermordung englischer Verwundeter durch Boeren. Diese Legenden wurden — das scheint fast außer Zweifel zu stehen — wohl auch nur deshalb verbreitet, um dem englischen Volke die geplanten eignen Brutalitäten in milderem Lichte erscheinen zu lassen.

Botha entkommen!

Die „Times" melden aus New Castle vom 17. Oktober: Botha hat sein Kommando aufgelöst und überläßt es den einzelnen Abteilungen, so gut sie können, zu entkommen. Er selbst dagegen hat nahe bei Pietretief eine kleine Lücke in den Linien der englischen Truppen benutzt und sich den Weg nach dem Norden gebahnt. Es ist leicht für den Feind, wenn er sich in kleinen Gruppen bewegt, der schärfsten Verfolgung zu entgehen.

Das Vordringen der Boeren gegen Kapstadt.

Die Londoner Morgenblätter erkennen die Möglichkeit des Vordringens der Boeren nach Kapstadt an, erklären jedoch, die nichtamtlichen Nachrichten seien so spärlich, daß es schwer halte, die thatsächlichen Bewegungen der Boeren zu erkennen.

Aus Kapstadt selbst wird gemeldet, daß man dort Marinegeschütze ans Land geschafft habe und eine fieberhafte Thätigkeit entwickelt, um einen eventuellen Angriff auf Kapstadt selbst zurückzuweisen.

Ein Gefecht bei Picquetberg.

Ein Telegramm des „Reuterschen Bureau" aus Matjesfontein vom 17. Oktober besagt: Die Boeren griffen am 16. Oktober eine Abteilung englischer berittener Truppen nordwestlich der Straße von Picquetberg an. Zwei Eskadronen Lancers wurden zur Unterstützung der Engländer abgesandt, worauf die Boeren sich zurückzogen. Sie verloren einen Gefallenen, zwei Verwundete und zwei Mann, die gefangen genommen wurden. Bei den Engländern fielen ein Offizier und vier Mann, ein Engländer wurde verwundet.

Ueber Scheepers Gefangennahme

wird noch berichtet:

Seit dem Juni quälte sich ein halbes Dutzend englischer Generale ab, den kaum fünfundzwanzigjährigen Scheepers zu fangen, aber ohne Erfolg. Seit Wochen wurde der schwer kranke Mann seinem Kommando nachgefahren, aber als der Zustand des Leidenden derartig wurde, daß auch das Umherfahren lebensgefährlich für ihn wurde, wandte er sich an die Engländer um ärztliche Hilfe und legte sich auf einer Farm ins Bett, um dort sein Schicksal zu erwarten. Frenchs Abteilungen haben einen sterbenden Boerenkommandanten gefangen.

Auf diesen „Erfolg" braucht England also nicht stolz zu sein.

Die kriegsunlustige Yeomanry.

Im Lager von Shorncliff sind von zwei 200 Mann starken Compagnien Yeomanry, welche nach Südafrika abgehen sollten, 50 Mann verschwunden. Unter der Yeomanry herrscht große Unzufriedenheit wegen des rückständigen Soldes.

Partei-Nachrichten.

Auf dem östreichischen Gesamtparteitag, der am 1. November in Wien zusammentritt, wird die deutsche Partei durch die Genossen A. Bebel und Franz Ehrhart-Ludwigshafen vertreten sein, die vom Parteivorstande beauftragt wurden.

Berichterstattung vom Parteitage. In Frankfurt a. M. wurde am Mittwoch die Diskussion über den Bericht des Delegierten Quarck erledigt. Es sprachen dazu eine ganze Anzahl Redner, die an vielen Einzelheiten in den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages dies und jenes auszusetzen hatten. Im allgemeinen waren jedoch die Redner mit allem einverstanden und dieses allgemeine Einverständnis konstatierte der Vorsitzende auch am Schlusse. Ohne Beschluß ging die Versammlung auseinander.

In Hannover berichteten die Delegierten Dörnke und Horenburg, von denen der erstere den Ton der Parteitags-Verhandlungen mißbilligte. In der Debatte erklärte sich ein Redner gegen die Resolution 114 in der Accordmaurerfrage; er hätte die Aufhebung des Schiedsspruches gewünscht. Andre sprachen sich gegen die Resolution 102. Mit der Thätigkeit der Delegierten erklärte sich dann die Versammlung einverstanden.

In Wilhelmsburg wurde der Bericht des Delegierten Baerer-Harburg debattelos entgegengenommen.

Unsre Petition gegen den Brotwucher dürfte nach allen Nachrichten, die bis jetzt vorliegen, zu einer gewaltigen Demonstration des arbeitenden Volkes gegen den beabsichtigten Aushungerungsversuch werden. Es werden jetzt wieder in der „Chemnitzer Volksstimme" die Resultate aus einer ganzen Reihe von Ortschaften der dortigen Gegend zusammengestellt, aus denen sich ergiebt, daß die Beteiligung an der Petition teilweise bis zu einem Drittel der Einwohnerschaft ansteigt. In diesen Orten, 20 an der Zahl, die zusammen etwa 55 000 Einwohner haben dürften, wurden 12 620 Unterschriften abgegeben.

Bei den Bezirksausschuß-Wahlen in Ilmenau (Sachsen-Weimar) wurden zwei Parteigenossen als ordentliche Mitglieder des Bezirksausschusses und zwei Parteigenossen als deren Stellvertreter mit großer Majorität gewählt.

Die Unterschlagungen Lütgenaus wurden am Freitag vor der Strafkammer in Dortmund verhandelt. Bekanntlich hatte Lütgenau gegen einige Parteigenossen Anzeige erstattet wegen Unterschlagung in Sachen des Essener Fonds. Diese unbegründeten Denunziationen, deren Grundlosigkeit sich schon in der Voruntersuchung herausstellte und zur Einstellung des Verfahrens führte, hatten zur Folge eine Anzeige gegen Lütgenau wegen Unterschlagung. Das Schöffengericht hatte dann Betrug angenommen und Lütgenau zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das von ihm angerufene Berufungsgericht nahm Unterschlagung an, bestätigte aber im übrigen die Strafe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung eines Pastors,** begangen durch eine Notiz in der „Reußischen Tribüne", war seiner Zeit der Redacteur des Blattes, Genosse Seifarth in Gera zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Landgericht ermäßigte jetzt die Strafe auf 1 Woche, da der Angeklagte auf Grund ihm gewordener Mitteilungen die an sich unwahre Notiz in gutem Glauben veröffentlicht hatte.

Aus Industrie und Handel.

Westfälisches Kokessyndikat. Der Absatz im Monat September beläuft sich auf 520 206 Tonnen gegen 538 795 Tonnen im vergangenen Monat und 652 860 Tonnen im September 1900. Die Verringerung gegen letzteren Monat beträgt somit 132 654 Tonnen. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres stellt sich der Gesamtabsatz der im Syndikat vereinigten Zechen und Kokereien auf 5 128 477 Tonnen gegen 5 715 170 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Abnahme, die natürlich mit der Erzeugungseinschränkung zusammenhängt, beträgt für die genannte Zeit also 446 693 Tonnen; besonders fällt der Rückgang im dritten Jahresviertel, wo die Einschränkung bekanntlich auf 33⅓ Proz. bemessen wurde, gegen 5 Proz. im Januar und Februar und 20 Proz. im Mai und Juni, ins Auge. Während nämlich die Erzeugung im ersten Vierteljahr die im gleichen Zeitraum des Vorjahrs noch um 79 675 Tonnen übertraf, im zweiten Vierteljahr schon um 213 826 Tonnen zurückblieb, stellt sich der Minderversand im diesjährigen dritten Jahresviertel sogar auf 402 154 Tonnen. Die Ansammlung der Bestände ist so groß, daß bereits von einer Einschränkung bis zu 50 Proz. der Beteiligung gesprochen wird.

Der Rückgang der Schiffsfrachten veranlaßt die Hamburg-Amerika-Linie einzelne Fahrten ihrer nordatlantischen Linie ausfallen zu lassen.

Die Lage der Schuhmacher in Offenbach ist eine recht trübe geworden. Verschiedene Bankrotts haben dazu nicht unwesentlich beigetragen. In einer Fabrik wird demnächst freiwillig der Betrieb eingestellt, vermutlich weil der Profit in jetziger Zeit nicht mehr der erhoffte ist. Auch die Hoffnung manches Arbeitslosen, in einer neuerrichteten Fabrik Unterkunft zu finden, wurde zu Wasser, weil der Inhaber anscheinend lieber auswärtige Arbeiter heranzieht, als hiesige Beschäftigungslose einstellt. Die Offenbacher Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher sieht sich denn auch veranlaßt, die auswärtigen Schuhmacher zu bitten, den Zuzug nach Offenbach zur Zeit möglichst fernzuhalten, um die Lage der Arbeiter am Orte nicht noch trostloser zu gestalten.

Die Konkurrenz der deutschen Maschinenindustrie macht sich in England stark bemerkbar. Lorg George Hamilton empfiehlt in einem Schreiben den englischen Maschinenbau-Firmen ernste Maßnahmen zur Ausdehnung ihrer Produktion zu ergreifen, um zu verhindern, daß die Lieferungen von Lokomotiven ständig in die Hände von Ausländern fallen; der Bedarf Indiens an Lokomotiven nehme bedeutend zu. Südafrika habe auch kürzlich große Aufträge gegeben, Indien habe die Erteilung gewisser Aufträge verschoben, um denen Südafrikas den Vorzug zu geben. Das Angebot einer Hannoverschen Firma auf Lokomotiven für Indische Eisenbahnen war 25 Prozent niedriger als das Angebot irgend einer britischen Firma mit etwa der halben Lieferzeit.

Eine energische Zurechtweisung. Der Wiener Stadtrat beschloß über die Bau- und Betriebsgesellschaft für Straßenbahnen in Wien wegen Nichteinhaltens des genehmigten Fahrplans in einer großen Zahl von Fällen eine Konventionalstrafe von 480 000 Kronen zu verhängen. Das Beispiel könnte der Berliner Kommune in geeigneten Fällen zur Nachahmung empfohlen werden.

Preiskartell für den Drahtstiften-Export. Seitens der maßgebenden Drahtstiften-Fabriken Nordamerikas ist den östreichischen Drahtstiften-Produzenten in dieser Woche ein Antrag zugegangen, ein Preiskartell für den Absatz nach dem Orient abzuschließen, welchem auch die deutschen, belgischen, ungrischen und italienischen Fabriken angehören sollten. Zwischen den hervorragendsten östreichischen und ungrischen Drahtstiften-Fabriken finden gegenwärtig Unterhandlungen in dieser Angelegenheit statt, und es dürfte in der nächsten Zeit zum Abschlusse dieses Preiskartells kommen. Dasselbe soll sofort in Thätigkeit treten und würde sich, wie bemerkt, auf den Export nach dem Orient beziehen. Seitens der östreichischen Fabriken ist beantragt worden, daß die Donau-Fürstentümer nicht dadurch von den amerikanischen Bewerbern konkurrenziert werden dürfen, daß die letzteren nach den Donau-Fürstentümern zu billigen oder gleichen Preisen exportieren dürfen wie nach Konstantinopel. Die amerikanischen Fabriken erklärten sich hiermit einverstanden, und diese Maßregel dürfte zur Folge haben, daß der Absatz der östreichischen Drahtstifte nach Serbien, Bulgarien 2c. zunehmen wird. —

Die östreichischen Eisenindustriellen haben auf ihre Vorstellung hin erreicht, daß vom Ministerium ein Rundschreiben an die Privatbahnen erlassen ist, im Interesse der daniederliegenden Eisen- und Maschinenbau-Industrie größere Lieferungen in Auftrag zu geben. Die Staatsbahnen werden gleichfalls in diesem Sinne vorgehen und ihre Arbeiten beschleunigen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte! Die große Arbeitslosigkeit auch in unserem Berufe zwingt uns, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft von neuem in eindringlichster Weise anzurufen. Die Arbeitgeber, welche zum größten Teil ihre Preiserhöhung zur Durchführung gebracht haben, entlassen ihre Gehilfen mit der Motivierung, daß Mangel an Arbeit ist, um aus anderen Arbeitsnachweisen sich billigere Arbeitskräfte zu engagieren. Gewerkschaftsgenossen! Der Mangel an Arbeit ist es nicht, weshalb die organisierten Gehilfen auf die Straße gesetzt werden, nein, man will vor allem die jetzt gestärkte Organisation schwächen, damit uns nicht nochmals einfallen kann, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Unsre errungenen Forderungen suchen die Arbeitgeber durch diese Machination wieder illusorisch zu machen. Deshalb, Gewerkschafts- und Parteigenossen, unterstützt uns in dem Kampf um Anerkennung und Erhaltung unsrer Organisation. Fragt streng nach der grünen Kontrollkarte, dieselbe wird jetzt in Berlin mit Marken beklebt und nur denjenigen Kollegen, welche Sonnabend und Sonntag aushilfsweise arbeiten, wird die Karte abgestempelt (jetzt 42. Woche). Meidet alle diejenigen Geschäfte, wo die Karte nicht sichtbar am Spiegel angebracht ist. Folgende Arbeitgeber halten die vor dem Einigungsamte getroffenen Vereinbarungen nicht mehr und ersuchen wir die Arbeiterschaft, davon Notiz zu nehmen: Göttel, Pappel-Allee 115. Petri, Lychenerstr. 12. Setzefand, Ackerstr. 28. Otzdorf, Strelitzerstr. 12. Lohne, Brunnenstr. 166. Schumann, Schönholzerstr. 12. Sparmann, Auklamerstr. 98. Köhler, Prenzlauerstr. 3. Deutschmann, Mulakstr. 1. Schenk, Fürstenwalderstr. 5. Hoffmann, Liezmannstraße 25. Scholz, Barninstraße 36. Luckwaldt, Küstrinerplatz 5. Smedlibowski, Rüdersdorferstraße 12. Pauli, Emdenerstr. 10. Manecke, Schlesischestr. 57. Gros, Frobenstr. 15. Borowzig, Straußbergerstr. 35. Pawlecki, Hermannplatz 4.

In Friedrichsberg sind es folgende Geschäfte: Vorwerk, Frankfurter Chaussee 12. Weinast, Frankfurter Chaussee 29. Kersten, Dorfstraße. Witte, Rummelsburgerstr. 66. Mewes, Scharnweberstraße 73. Zühlsdorf, Lichtenbergerstr. 20.

In Charlottenburg: Redmann, Schillerstr. 96. Horstmann, Kaiser Friedrichstr. 54. Schmidt, Kantstr. 99. Blazecki, Stuttgarterplatz 1a. Pieske, Wilhelmsplatz. Golz, Schloßstr. 36. Baczewski, Goethestr. 47. Rabe, Bismarckstr. 31. Oelze, Wilmersdorferstr. 134. Schulz, Rosinenstr. 6. Metzenthin, Pestalozzistr. 67.

Achtung, Schleifer! Bei der Firma „Neue Berliner Metallwerke", Inh. Paul Simon (früher Fürst u. Comp.) haben die Schleifer (17 Mann) wegen Abzügen in Höhe von 20 Prozent die Arbeit niedergelegt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der erste Kongreß des Verbandes der Masseure, Masseusen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, der am 13. und 14. Oktober in Magdeburg tagte, beschloß zunächst, seinen Namen in „Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands" umzuändern. Der monatliche Beitrag wurde von 50 Pf. auf 80 Pf. erhöht. Ferner soll ein eignes Fachorgan, welches vorläufig monatlich erscheint, herausgegeben werden. Gegründet wurde eine Reise-Unterstützungs- sowie eine Sterbekasse. Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises und eines Verbandsabzeichens wurden mit großer Majorität abgelehnt. Der zweite Kongreß findet 1903 in Berlin statt. Sitz des Verbandes ist Hamburg, der des Ausschusses Berlin.

Die Glasarbeiter sind noch immer in großer Zahl arbeitslos. Wie uns der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes berichtet, sind an den meisten Orten die Vorstandsmitglieder der Organisation, sowie sonstige Personen, die Aemter bekleideten, nicht wieder eingestellt. Bis zur Stunde verteilt sich die Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Orte wie folgt:

Dresden . . .	30	verh., mit	61	Kindern,	18	ledig.
Minden . . .	15	„ „	32	„	2	„
Döhlen . . .	10	„ „	34	„	2	„
Kreuznach . .	13	„ „	42	„	5	„
Rinteln . . .	8	„ „	32	„	7	„
Hörstel . . .	5	„ „	11	„	4	„
Porta	32	„ „	65	„	7	„
Nienburg, Heye	92	„ „	207	„	29	„
„ Himli	62	„ „	177	„	17	„
Bergedorf . .	15	„ „	46	„	11	„
Schauenstein .	65	„ „	117	„	56	„
Gerresheim . .	39	„ „	116	„	34	„
Brunshausen .	1	„ „	5	„	—	„
Flensburg . .	1	„ „	—	„	—	„
Hainholz . .	4	„ „	8	„	2	„
Oldenburg . .	4	„ „	9	„	2	„

Zusammen 396 verh., mit 962 Kindern, 204 ledig.

Die Zahl der noch außer Beschäftigung stehenden Arbeiter ist mithin eine große und ist die Organisation fortgesetzt bemüht, die Gemaßregelten unterzubringen, sowie für Unterstützung zu sorgen. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Gemaßregelten bis auf 3 oder 4 alle untergebracht werden. Fast aus allen Orten, wo der Streik ausbrach, kommen Erklärungen, daß trotz der Niederlage, wenn auch nur im stillen, für die Organisation weiter gearbeitet wird.

Die Stuccateure der Firma Boswau u. Knauer haben auf der Düsseldorfer Ausstellung die Arbeit niedergelegt. Da die Firma in mehreren Städten Filialen hat, werden die Arbeiter gebeten, keine Aufträge nach Düsseldorf anzunehmen.

Ausland.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Noch erscheint es unbestimmt, ob die französischen Bergarbeiter wirklich zu der bedeutsamen Aktion übergehen und für den ganzen Bergwerkbetrieb die Arbeitseinstellung proklamieren werden; schreitet man aber dazu, dann ist nach allem, was bisher darüber bekannt wurde, kaum ein glücklicher Ausgang des Unternehmens zu erwarten. Zunächst ist die Geschäftslage die denkbar ungünstigste für einen solchen Streik. Unsre deutschen Grubenbesitzer und nicht minder die belgischen und englischen könnten nichts mit größerer Inbrunst herbeisehnen, als diesen Streik. Die französische Industrie käme kaum in Verlegenheit, ihren Bedarf an Kohlen zu decken, denn mit Freuden würden die angesammelten gewaltigen Vorräte unsrer und der Grubenbesitzer des Auslandes ihre Lagerbestände nach Frankreich hineinwerfen. Es ist uns ganz unverständlich, daß die leitenden Personen dieser Bewegung so ganz unter Außerachtlassung dieser bedeutsamen Momente die Situation beurteilen. Allerdings, die Bewegung ist überhaupt für deutsche Verhältnisse unvergleichbar. Bei dem gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung könnten wir uns keine Organisation in Deutschland denken, die für eine Urabstimmung die Anordnung trifft, daß diejenigen, die nicht mitstimmen, zu den Streikbefürwortern gezählt werden. Ein solcher Beschluß verdeckt nur die Schwäche der Organisation und der Bewegung überhaupt. Mit größerer Sicherheit kann darauf gerechnet werden, daß die Nichtbeteiligten indifferente Arbeiter sind. Sehen wir uns nun das Resultat der Abstimmung an. Von 127 000 Bergarbeitern über 18 Jahre stimmen 40 000 für den Streik und 10 000 dagegen. Das Resultat ist geradezu ein klägliches und deutet von vornherein auf eine sehr geringe Sympathie für den Streik hin. Noch weniger ermutigend liegen die Dinge betreffs der Organisation der Bergarbeiter. Der Streik in Montceau les Mines in diesem Frühjahr hat alle Kassen erschöpft, ohne Geld einen Generalstreik inscenieren mag in Frankreich mit lebhafter Begeisterung möglich sein, aber schließlich wird es den Franzosen auch noch klar werden, daß ohne dauernde Unterstützung die Begeisterung bald verpufft, an Beispielen dazu fehlt es ihnen eigentlich nicht.

So finden wir nicht ein Moment, das günstig für diesen Streik spricht; die Grubenbesitzer selbst haben sich bei dem letzten Streik als sehr kapitalkräftige und brutale Unternehmer gezeigt, die ohne schweren Kampf ihre Position nicht aufgeben. Wir wünschen deshalb nichts sehnlicher, als daß der Streik auf eine bessere Zeit vertagt würde und durch einen Druck auf die Regierung die geforderte Altersversorgung der Bergarbeiter einer schnellen Erledigung entgegengeht. Das Fehlschlagen der groß angelegten Bewegung würde der französischen Gewerkschaftsbewegung schwere Opfer auferlegen und den geforderten Achtstundentag eher ferner als näher rücken.

* * *

Paris, 17. Oktober. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Baudin, empfing heute die Deputierten Basly, Lamendin und mehrere Delegierte der Bergarbeiter, die gekommen waren, um sich mit ihm über die Kommission zur Regelung der Arbeitszeit zu besprechen und ihn über die Entscheidung zu befragen, welche die Regierung treffen würde. Baudin ist der Ansicht, die Regierung könne nur das Ende der wichtigen Arbeiten der Kommission abwarten, um Aufklärung zu erhalten über die Folgen der Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden und bezüglich der Altersversorgung. Die Regierung werde erst die Entscheidung treffen können, wenn das Parlament sich über die allgemeine Organisation der Arbeiterversorgungs-Anstalten und über den allgemeinen Ausstand geäußert haben wird. Baudin glaubt, ein solcher Ausstand zu Beginn des Winters sei schädlich namentlich für die kleinen Haushaltungen der Arbeiter; er bat schließlich die Delegierten, daß sie ihre Kameraden zur Vorsicht und Ueberlegung auffordern möchten.

Gerichts-Zeitung.

Bestechung und Beleidigung von Mitgliedern der bewaffneten Macht sowie Vergehen gegen das Postgesetz wurde dem Journalisten Karl Schelsky zur Last gelegt, welcher gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte hat im Februar d. J. an die Feldwebel und Divisionsschreiber verschiedener Truppenteile Briefe gerichtet, in denen er die Adressaten ersuchte, seine Mitarbeiter zu werden. Sie möchten ihm über allerlei Vorkommnisse in ihrem Regiment, über Selbstmorde, Unglücksfälle, Jubiläen, Versetzungen u. dergl. Mitteilungen machen. Er würde ihnen gutes Honorar zahlen und in Betreff ihrer Persönlichkeiten strengste Verschwiegenheit beobachten. Am meisten sei ihm an „China-Briefen" gelegen. Den einen der Briefe versah der Angeklagte mit dem Vermerk: „Eigne Angelegenheit des Empfängers" und erzielte dadurch freie Beförderung des Briefes. Der genannte Vermerk darf indessen nicht angewendet werden, wenn es sich um gewerbliche Interessen des Absenders oder des Empfängers handelt. Die Adressaten übergaben die Briefe ihren Vorgesetzten, welche gegen den Angeklagten Strafantrag stellten. Eine von der Polizei eingeholte Auskunft lautete dahin, daß der Angeklagte im guten Rufe stehe und es nicht anzunehmen sei, daß derselbe die Absicht hatte, die militärischen Einrichtungen herabzusetzen. Der Angeklagte gab im Termine an, daß er als Einjähriger gedient habe und dann noch 2 Jahre Unteroffizier gewesen sei. Gerade aus letzterem Grunde wollte der Staatsanwalt nicht glauben, daß der Angeklagte, wie dieser angab, von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise keine Kenntnis gehabt habe. Der Angeklagte, der selbst Rekruten ausgebildet habe, mußte wissen, daß es den Soldaten unter Androhung strenger Strafen geboten sei, über militärische Vorkommnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Das Vorgehen des Angeklagten erheische eine strenge Sühne. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Bestechung und Beleidigung eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, wegen des Vergehens gegen das Postgesetz 3 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete dem Antrage gemäß.

Die Arbeitszeit im Großhandel. Vor kurzem brachten wir die Mitteilung, daß das Kammergericht entschieden habe, daß die §§ 139o und 146a der Gewerbe-Ordnung nicht auf den Großhandel in der Central-Markthalle, sondern nur auf den Detailhandel Bezug hätten. Der Großfischhändler Lichtenberg hatte am 31. Dezember 1900 kurz vor 5 Uhr morgens einem Detailhändler 1 Centner Fische verkauft. Nach § 139o der Reichs-Gewerbe-Ordnung sollen offene Verkaufsstellen von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, weil einerseits der Verkauf von Fischen zu den Arbeiten gehöre, welche zur Verhütung des Verderbens von Waren unverzüglich vorgenommen werden müssen, andrerseits der § 139o auf den Großhandel keine Anwendung finde. Die Strafkammer hob dies Erkenntnis auf und verurteilte den Angeklagten. Hiergegen legte der Verteidiger, Rechtsanwalt Pinkus I, mit Erfolg Revision ein. Aus den für den Großhandel so wichtigen Erkenntnisgründen des Kammergerichts ist folgendes erwähnenswert: Die Ansicht der Strafkammer, daß die Verordnung erlassen sei zum Schutz der gewerblichen Arbeiter gegen übermäßig lange Arbeitszeit, welche auch im Großhandel vorkomme, sei nicht zutreffend. Man wollte die Arbeiter nur gegen diejenige übermäßige Arbeitszeit oder Arbeitsbereitschaft schützen, welche nach den statistischen Nachweisen im Einzelhandel die Regel bildet. Im Großhandel bildet dieselbe keineswegs die Regel, vielmehr beschränkt sich hier die Arbeit vielfach, wie auch im vorliegenden Falle, auf bestimmte kurze Tageszeiten. Selbst wenn man aber annehmen sollte, daß der § 139o sich auch auf den Großhandel beziehe, so würde seine Anwendung im vorliegenden Falle doch ausgeschlossen sein, weil der Markthallen-Verkehr als Straßenverkehr anzusehen sei. Auf den Marktverkehr könne der erwähnte Paragraph aber nicht angezogen werden, denn nach § 65 der Gewerbe-Ordnung werde die Zeit der Wochenmärkte von der zuständigen Verwaltungsbehörde festgesetzt. Die Verwaltungsbehörden hätten es also in ihrer Hand, eine übermäßige Verkaufszeit und die hierdurch herbeiführte Ausbeutung der Arbeitskräfte durch entsprechende Beschränkung der Marktzeit zu hindern und dadurch denjenigen socialpolitischen Anforderungen, welchen der § 139o für das übrige Gewerbe gerecht wird, für den Marktverkehr im Rahmen des örtlichen Bedürfnisses zu entsprechen. Der § 139o der Reichs-Gewerbe-Ordnung beziehe sich somit nicht auf den Großhandel und der Angeklagte müsse demgemäß freigesprochen werden.

Versammlungen.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Zunächst berichtete der Vorsitzende der Centralkommission E. Simanowski über den Stand des Apotheken-Boykotts und über die auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und des Oberbürgermeisters Kirschner von der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin eingeleiteten Einigungsverhandlungen. Danach hat bisher nur eine vom Vorsitzenden der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin, Herrn Direktor v. Schulz, einberufene und unverbindliche Vorbesprechung stattgefunden. In dieser Sitzung, an der die Vertreter der Apotheker-Vereinigung und die Centralkommission teilgenommen, habe beide Parteien ihre Zustimmung zur Einleitung der Einigungsverhandlungen gegeben. Ueber die materielle Frage wurde in dieser Sitzung nicht diskutiert.

Nach einer kurzen Diskussion über den Bericht, in der betont wurde, daß die Situation für die Kassen eine sehr günstige ist, daß dieselben fast ausnahmslos recht erhebliche finanzielle Vorteile durch Verringerung der Arzneikosten während des Kampfes zu verzeichnen haben und die Kassen bezw. die Mitglieder durchaus nicht auf eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse drängen, wurde mit allen gegen 3 Stimmen die Centralkommission ermächtigt, auf Grundlage der im Juli beschlossenen Bedingungen in die Verhandlungen einzutreten. Keinesfalls soll aber etwa einem Frieden unter allen Umständen, sondern nur, wenn derselbe den Kassen entsprechende Vorteile sichert, zugestimmt und eventuell Vereinbarungen unter Vorbehalt der Beschlußfassung einer Versammlung getroffen werden.

Hierauf hielt Herr Rechtsanwalt Steinschneider einen Vortrag über: Wie können die Krankenkassen den Bezug und die Abgabe von Arzneimitteln organisieren? Der Referent begründete in eingehender Weise unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden, teilweise sich widersprechenden oder unklaren Gesetze und Verordnungen sowie der bereits vorhandenen gerichtlichen Entscheidungen nachstehende Leitsätze:

1. Die Organisation des gemeinsamen Bezuges der Heilmittel durch die Krankenkassen ist erwünscht und liegt im Sinne des Krankenkassen-Gesetzes.

2. Dem gemeinsamen Bezug und der Abgabe der Heilmittel an die einzelnen Mitglieder seitens einer einzelnen Kasse steht der § 367 No. 3 des Strafgesetzbuchs (Apotheker-Privilegium) zum mindesten dann nicht entgegen, wenn die Heilmittel entweder dem freien Verkehr überlassen sind, oder von einem Apotheker geliefert werden und dem Handverkauf freigegeben sind.

3. Der gemeinsame Bezug kann unter vorstehenden Voraussetzungen auch durch eine Vereinigung mehrerer Krankenkassen erfolgen. Hat aber die Vereinigung einen korporativen Charakter, so darf sie aus dem Vertriebe nicht ein eignes Geschäft machen, sondern diesen nur als Beauftragte der einzelnen Kassen besorgen.

4. So lange die künftige Gestaltung des Kranken-Versicherungswesens nach dem in Aussicht stehenden neuen Gesetze nicht feststeht, empfiehlt es sich, keine Korporation (gesetzlicher Verband, eingetragene Genossenschaft), sondern nur eine auf Vertrag beruhende Vereinigung (Kartell) herzustellen, deren Gründung kein gesetzliches Hindernis entgegensteht. Eine Angliederung an bestehende Organisationen des Konsums ist ausgeschlossen.

Eine Diskussion fand nicht statt, doch soll diese Frage zu gegebener Zeit zur Beratung gestellt werden und wurde Herr Steinschneider ersucht, sein Referat in der Presse zu veröffentlichen. Ueber die Abgabe von Arzneimitteln durch die Krankenkassen (worüber schon in der vorigen Versammlung diskutiert worden ist, berichtete Herr Dr. Freudenberg, daß alle durch die Centralkommission vertretenen Krankenkassen bis auf zwei kleinere mit nur einigen hundert Mitgliedern, sich für die Abgabe der vorgeschlagenen Arzneimittel erklärt haben. Eine große Kasse hat auch bereits in diesem Sinne gehandelt und bei dem ersten Auftrage eine Ersparnis von 300 M. erzielt. Dr. Freudenberg empfiehlt ein geschlossenes Vorgehen sämtlicher Kassen und erachtet es für zweckmäßig, daß sich die Kassen vorläufig auf die Anschaffung und Abgabe von drei Mitteln: Santalkapseln, Aromatische Eisentinktur und Russischer Spiritus beschränken. Ohne Diskussion wurde mit allen gegen 2 Stimmen dem Vorschlage entsprechend beschlossen. Der Beschluß gelangt sofort zur Ausführung und werden die Herren Aerzte hiervon in Kenntnis gesetzt werden. In der Versammlung waren vertreten: 43 Orts-, 27 Hilfs-, 7 Betriebs-, 7 Vororts- und 4 Innungs-Krankenkassen, außerdem der Medicinalverband der deutschen Gewerkvereine.

In einer von den socialdemokratischen Frauen einberufenen Versammlung, die am Donnerstag bei Habel, Bergmannstraße, tagte, sprach Genosse Robert Seidel aus Zürich über den „schweizerischen Volksstaat". Redner schilderte die geschichtliche Entwicklung des schweizerischen Staatslebens von den Anfängen der Eidgenossenschaft bis in die neuere Zeit, um dann unter Berücksichtigung der Bundesverfassung von 1874 und der Verfassungszustände in den einzelnen Kantonen ein anschauliches Bild von den politischen und socialen Getriebe in der Schweiz zu geben. Wie Zwischenrufe und Beifallsäußerungen bewiesen, nahmen die Versammelten die Gelegenheit wahr, Vergleiche anzustellen zwischen preußisch-deutschem Absolutismus und Kastengeist und den freiheitlichen, demokratischen Einrichtungen der Schweiz, wie ihrem ganz anders gearteten Volksleben. In Anbetracht der preußischen Verhältnisse besonders interessant waren die Ausführungen über die direkte Gesetzgebung durch das Volk, das freie Vereins- und Versammlungsrecht und über das Volksheer. Die Thatsache, daß jeder wehrpflichtige Bürger seine Waffe im Hause habe, bezeichnete Redner unter Beifall als bestes Mittel zum Schutze einer Verfassung. Die Lust zu einem Staatsstreich könnte da gar nicht aufkommen. Mit großer Genugthuung betonte er, daß die Gemeindefreiheit eine große und unantastbare sei. Von den Gemeinden gehe häufig der Fortschritt aus, um dann später, wie z. B. bei der Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, durch die staatliche Gesetzgebung festgelegt zu werden. Auf diese natürliche Weise mache sich überhaupt der Fortschritt in einem demokratischen Staate. — Die Schweizer Socialdemokraten seien keine besondren Centralisten mehr. In dem Kantönliwesen stecke ein gut Stück Demokratie und eine gute Demokratie erscheine ohne eine gewisse Decentralisation nicht denkbar. Zum Schluß bemerkte Redner über die Einwirkung des schweizerischen Volksstaats auf das ganze Volksleben: Kein Volk in der ganzen Welt habe soviel politisches Verständnis wie das Schweizer Volk. Hier habe die Demokratie sich als große Volkserzieherin bewiesen. Ein Volk, das selbst abstimme über seine Gesetze und diese vorher in Hunderten von Versammlungen bespreche, müsse ein tieferes politisches Verständnis gewinnen. Auch auf Pfarrer, Lehrer und Beamte mache sich der Einfluß der Demokratie geltend und eine andre Frucht der Demokratie sei das in der Schweiz sehr verbreitete Bestreben, sich gemeinnützig zu machen. Die soziale Schichtung sei leider in der Schweiz dieselbe, wie anderwärts. Die Schuld daran trage aber nicht die Demokratie, die vielmehr das beste Mittel zur Einführung des Socialismus sei. Anfänge zu dieser seien vorhanden, namentlich auf dem Gebiete des Staatssocialismus, zu welchem die Genossen der Schweiz eine andre Stellung einnähmen, als die in Deutschland, denn in der Schweiz sei das Volk der Staat. — Die schweizerische Socialdemokratie habe von der deutschen gelernt, er hoffe, daß diese auch von ihr manches lernen möge. — Der Vortrag fand großen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Zahlstelle Charlottenburg hielt am 8. d. Mts. ihre Generalversammlung ab, in der die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzogen wurde. Dieselbe ergab folgendes Resultat: A. Pohl als erster, H. Scheel als zweiter Bevollmächtigter, Brandt als Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen P. Schurke, Alb. Schröder, A. Seifert, und zum Hilfskassierer Kollege Tasler ernannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 18. Oct. (Privatdepesche des „Vorwärts"). Die Versammlung der drei Wahlkreise verwarf den Antrag auf sofortigen Ausschluß der Accordmaurer und nahm den Antrag Legien an, nach welchem eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt wird, welche einen letzten Versuch machen soll, die Accordmaurer zu bewegen, ihre Sonderorganisation aufzugeben und zu dem Verband zurückzukehren; mißlingt dieser Versuch, dann schließen die einzelnen Parteivereine die Accordmaurer aus.

Der deutsche Zolltarif im östreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, 18. Oktober. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Aus der Debatte über den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Forscht ist folgendes hervorzuheben. Abg. Lecher hält es nicht für ausgeschlossen, daß Graf Bülow bei der Veröffentlichung des deutschen Zolltarif-Entwurfs sich auch von dem Beweggrund habe leiten lassen, daß man sich in die Oeffentlichkeit flüchten müsse, um allzu hohen Forderungen eines andren Compaciscenten vorzubeugen. Redner stimmt dem Ministerpräsidenten vollständig darin zu, daß das Parlament die Regierung in der Abwehr unberechtigter Forderungen unterstützen müsse. (Beifall.) Abg. Kaftan weist auf die bösen Folgen hin, welche der östreichischen Industrie und Landwirtschaft durch Annahme eines Handelsvertrages mit Deutschland auf Grund des veröffentlichten Zolltarifs erwachsen würden. Redner begrüßt das Wort des Ministerpräsidenten, daß Oestreich sich auf eigne Füße stellen müsse. Dies sollte aber nicht nur in der Frage der Handelsverträge, sondern auch in der auswärtigen Politik überhaupt der Fall sein. Abg. Chiari kann sich bei den engen wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Oestreich einen Zollkrieg zwischen diesen beiden Staaten nicht vorstellen. Der Generalredner Kozlowski erörtert den deutschen Zolltarif und betont, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen zum Zweck des Schutzes der östreichischen Interessen getroffen würden, sei eine unvermeidliche Rückwirkung auf das politische Gebiet zu befürchten. Die Einführung dieses Tarifs würde eine **Katastrophe für das wirtschaftliche Leben** Oestreichs bedeuten, welche nicht ohne eine energische Rückwirkung auf die äußere Politik bleiben könne. Nach Zuweisung des Dringlichkeitsantrages Forscht an den Ausgleichsausschuß wurde die Dringlichkeit eines Antrags Kaftan, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Notlage der Eisen- und Maschinenindustrie Oestreichs durch sofortige Bestellungen zu mildern, sowie der Antrag selbst seinem sachlichen Inhalt nach angenommen. Die nächste Sitzung ist auf Dienstag festgesetzt.

Pestfälle.

Rom, 18. Oktober. (W. T. B.) Durch Verordnung des Ministeriums des Innern werden die Häfen des Bosporus für **verseucht** erklärt und die aus diesen Häfen kommenden Schiffe den bezüglichen gesundheispolizeilichen Vorschriften unterworfen.

Konstantinopel, 18. Oktober. (Meldung des „Wiener k. k. Tel.-Corr.-Bureaus".) In einer hiesigen Familie wurden gestern **vier Pestfälle** festgestellt, von denen einer bereits tödlich verlaufen ist. —

Berlin, 18. Oktober. Die „Frkf. Ztg." meldet: Gegenüber dem Artikel eines konservativen Blattes, der baldige Kündigung der Handelsverträge verlangt, wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß die Reichsregierung nicht die Absicht hat, die jetzigen Handelsverträge vor dem Abschluß neuer zu kündigen. Auch glaubt man nicht an eine Kündigungsabsicht der anderen Vertragschließenden Staaten.

Erfurt, 18. Oktober. (W. T. B.) Wie amtlich mitgeteilt wird, stieß gestern auf der Station Creidlitz der um 7 Uhr 58 Min. dort von Rossach eintreffende Personenzug auf den Prellbock eines stumpfen Geleises. Die Maschine und ein Personenwagen entgleisten, Personen wurden nicht verletzt.

Königsberg i. Pr., 18. Oktober. (W. T. B.) Die Abendblätter melden aus Tilsit die **Verhaftung** des Meiereibesitzers Gerull in Splitter, welcher mit 300 000 M. Passiva fallierte.

Hannover, 18. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Gestern abend 10 Uhr 35 Min. fuhr der Schnellzug 18, Richtung Berlin—Hannover, vor Bahnhof Isenbüttel auf einen in der Einfahrt begriffenen Güterzug. Beschädigt wurden einige Wagen und eine Maschine. Reisende und Personal wurden nicht verletzt. Nach den angestellten Erhebungen ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß der Lokomotivführer des Schnellzuges 18 infolge starken Nebels das zwischen Fallersleben und Isenbüttel befindliche Blocksignal, welches auf Halt stand, übersehen hat. Das Geleise Richtung Hannover—Berlin war nur vorübergehend gesperrt, während das Geleise der Richtung Berlin—Hannover nach 7 Stunden wieder fahrbar war.

Straßburg i. E., 18. Oktober. (W. T. B.) Bei dem **Brande** eines Heuschobers in Drusenheim **kamen drei Knaben in den Flammen um.**

Oedenburg, 18. Oktober. (W. T. B.) Der Präsident der in Konkurs geratenen Oedenburger Bau- und Bodenkredit-Bank, Kaufmann Kuß, der sein ganzes Vermögen verliert, wurde vom Schlage getroffen. Das Aktienkapital der Bank betrug 480 000 Kronen, Einlagen und Kassenscheine beliefen sich auf 1 500 000 Kronen.

Batum, 18. Oktober. (W. T. B.) Gestern nacht war es einer bewaffneten Bande gelungen, in den aus Batum abgehenden Zug der transkaukasischen Bahn einzudringen. Die Bande **ermordete** einen Beamten, der Geld bei sich führte, und zwei Wächter, brachte den Zug durch die Westinghouse-Bremse zum Stehen und floh unter Mitnahme von 2000 Rubel.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen findet am Sonntag, früh 7½ Uhr, eine Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk: Pasche, Potsdamerstr. 43; 2. Bezirk: Leder, Bismarckstr. 74; 3. Bezirk: Kant, Charlottenburger Ufer 2; 4. Bezirk: Dörre, Wallstraße 90; 5. Bezirk: Petrick, Sesenheimerstr. 1; 6. Bezirk: Fischer, Pestalozzistr. 84; 7. Bezirk: Röttger, Leibnizstr. 3; 8. Bezirk: Bredlow, Ansbacherstr. 31.

Wahlverein für Stralau. Sonntagnachmittag 2 Uhr findet im Lokale des Herrn Gursch, Alt-Stralau, eine Vereins-Versammlung statt.

Lichtenberg. Alle Parteigenossen werden dringend ersucht, am Sonntag früh 8 Uhr in ihren Bezirkslokalen zu erscheinen, um sich an der Verbreitung eines Flugblattes zu beteiligen.

Lokales.

Straßenhändler und Ladeninhaber.

Der Gegensatz, der zwischen den Straßenhändlern und den „seßhaften" Handeltreibenden, den Ladeninhabern, besteht und sich besonders in der letzten Zeit immer mehr zugespitzt hat, äußerte sich am Donnerstagabend in einer vom „Bund der Handel- und Gewerbetreibenden" nach den Arminhallen einberufenen Versammlung in etwas stürmischer Weise. Die Versammlung war gut besucht, aber fast zur Hälfte von Straßenhändlern.

Der Vorsitzende der kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, Redacteur Pöschl, referierte über die Stellungnahme zu den Stadtverordneten-Wahlen sowie über Markthallen und Straßenhandel. Für die Stadtverordneten-Wahlen empfahl er die Unterstützung nur solcher Kandidaten, die das Versprechen geben würden, sich in der Stadtverordneten-Versammlung keiner Fraktion anzuschließen und „unabhängig" die Interessen der kleinen Handel- und Gewerbetreibenden zu fördern. Er dachte dabei an die diesmal zum Teil aus den Grundbesitzer-Vereinen bezogenen Kandidaten der sich „unpolitisch" nennenden konservativ-antisemitischen Bürgerpartei, denen allerdings das Versprechen, keiner Fraktion beitreten zu wollen, deshalb nicht schwer werden kann, weil die „Bürgerpartei" in der Stadtverordneten-Versammlung nur über ganze zwei Vertreter verfügt, also thatsächlich keine Fraktion vorstellt. Hinsichtlich des Straßenhandels verlangte Herr Pöschl, unter Vorlegung einer entsprechenden Resolution, vom Magistrat wie von der Stadtverordneten-Versammlung bedingungslose Zustimmung zu der neuen, den Straßenhandel betreffenden Polizeiverordnung, gegen die die Gewerbedeputation und hinterher auch die Verkehrsdeputation eine ablehnende Stellung eingenommen hat. Das erfordere die Rücksicht nicht nur auf die kleinen Geschäftsleute, sondern auch auf die Markthallen und den Stadtsäckel. Es ständen ja jetzt Tausende von Läden leer, sagte Herr Pöschl; die sollten sich die Straßenhändler mieten. Von gegnerischer Seite sprach der Straßenhändler Opitz, der die Vernichtung zahlreicher Existenzen als die unausbleibliche Folge der Polizeiverordnung bezeichnete. Nach Beseitigung des Straßenhandels würden es viele Ladeninhaber, die heute noch seßhaft seien, aber durch die Ungunst der Verhältnisse vielleicht bald gezwungen würden, ihre Läden aufzugeben, gewiß selber bedauern, daß es ihnen dann verwehrt sei, wenigstens durch Straßenhandel ihr Brot zu erwerben. Die Resolution wurde schließlich mit knapper Mehrheit und unter lautem Protest der Straßenhändler angenommen.

Verwunderlich ist an dieser ganzen Bewegung gegen den Straßenhandel die Kurzsichtigkeit der Ladeninhaber, die nicht zu merken scheinen, daß sie nur die Geschäfte der Hausbesitzer besorgen. Von den Hausbesitzern ist die Agitation zur Beseitigung des Straßenhandels ausgegangen. Es ist aber klar, warum diese Herren mit so überaus großem Eifer für die „seßhaften" Geschäftsleute eintreten. Wenn die Straßenhändler durch die neue Polizeiverordnung oder durch fortgesetzte Drangsalierungen von den Straßen verdrängt werden, so wird allerdings ein Teil von ihnen untergehen. Der Rest jedoch wird sich thatsächlich dem Ladengeschäft zuwenden. Die „seßhaften" Handeltreibenden werden aber davon schwerlich einen besonderen Vorteil haben. Auf der einen Seite sind sie die lästige Konkurrenz nur teilweise losgeworden, auf der andern Seite wird die Vermehrung der Nachfrage nach Läden die gegenwärtig recht bedeutende Zahl der leerstehenden Läden erheblich vermindern und so den Hausbesitzern die langersehnte Möglichkeit geben, die Ladenmieten ebenso in die Höhe zu schrauben, wie sie das in den letzten Jahren infolge des Mangels an Wohnungen bei den Wohnungsmieten haben thun dürfen. Ist dieses Ziel erreicht, dann wird den „seßhaften" Geschäftsleuten endlich ein Licht darüber aufgehen, aus welchem Grunde die Hausagrarier so zärtlich um sie besorgt waren. Es kann dann in der That so kommen, daß mancher kleine Geschäftsmann, der durch das wucherische Treiben der Hausagrarier aus seinem Laden hinausgedrängt wird, mit Wehmut an die Zeiten des Straßenhandels zurückdenkt.

Zur „Belohnung" für treue Dienste

hat die Stadt Berlin bekanntlich den „Gesinde-Wohnungs- und Unterstützungs-Fonds", aus dessen Mitteln alte, arbeitsunfähig gewordene Dienstboten, sofern sie eine lange und tadellose Dienstzeit hinter sich haben, entweder im Gesindehospital verpflegt oder mit barem Gelde unterstützt werden können. Wir haben uns ja schon recht oft mit den stark an das Mittelalter erinnernden Verhältnissen dieser merkwürdigen „Wohlthätigkeits-Anstalt" beschäftigt, aber unsres Erachtens kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie wenig sie ihrem Namen entspricht.

Man weiß, daß die Ausgaben des Fonds zum großen Teil von den Dienstboten selber gedeckt werden müssen, daß aber trotzdem kein Dienstbote ein Recht auf Unterstützung aus diesem Fonds hat. Im Jahre 1900/1901, über das jetzt die Verwaltung Bericht erstattet, beliefen sich die Einnahmen des Fonds (einschließlich Barbestand aus dem Vorjahre) auf 55 325 M. Davon kamen allein 26 430 M. auf die Beiträge, die die Dienstboten beim Antritt ihres ersten Dienstes sowie bei jedem Dienstwechsel an den Fonds zahlen müssen, ferner 1593 M. auf Zinsen aus den Ersparnissen der Hospitaliten und 6563 M. auf Nachlässe der Hospitaliten. Aus den Taschen der „Herrschaften" fließt diesem „Belohnungs"-Fonds kein Pfennig zu. Die Ausgaben betrugen 28 331 M. für Unterhaltung des Hospitals, 2011 M. Zahlungen an die Hospitaliten aus ihren Ersparnissen, 15 743 M. bare Unterstützungen an nicht im Hospital verpflegte Dienstboten, 1683 M. für allgemeine Verwaltung. Das Glück, in dem Hospital verpflegt zu werden, genossen am 31. März cr. nur 158 Personen, und bare Unterstützungen bezogen zu demselben Zeitpunkt nur 92 Personen.

Die Aussicht, aus den auf so sonderbare Art zusammengebrachten Mitteln des Fonds einmal „belohnt" zu werden, ist, wie man sieht, nicht groß. Man kann es daher den Dienstboten nicht verdenken, wenn sie sich der Entrichtung der Beiträge möglichst zu entziehen suchen. Jahr für Jahr bleibt eine große Anzahl Dienstboten mit den Beiträgen im Rückstand; im letzten Jahre waren es wieder 5366. Durch den Zwang, diese Beiträge zu zahlen, wollte man, als der Fonds vor jetzt beinahe 75 Jahren gegründet wurde, vermutlich bei den Dienstboten die Neigung zu häufigem Wechsel der Dienststellen bekämpfen. Also eine „Strafe" für Veränderungslust der Dienstboten! Diese „Strafe" trifft aber auch diejenigen Dienstboten, die gegen ihren Wunsch und ohne ihr Verschulden den Dienst wechseln — auch diejenigen, die lediglich wegen schlechter Behandlung den Dienst verlassen.

Die das Gesinde unter ein Ausnahmerecht stellenden Bestimmungen des Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds dürfen sich getrost neben denjenigen der famosen Gesinde-Ordnung sehen lassen. Wie noch erinnerlich sein wird, wurde Anfang dieses Jahres in der Stadtverordneten-Versammlung von der socialdemokratischen Fraktion ein Antrag gestellt, der eine Aenderung der Bestimmungen des Fonds oder mindestens die Beseitigung der Dienstboten-Beiträge empfahl. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung lehnte diesen Antrag ab und lieferte damit den Beweis, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen auch in ihren Reihen noch jene Anschauungen lebendig sind, die ihren beredtsten Ausdruck in der Gesinde-Ordnung gefunden haben.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans tritt heute der Ausschuß zur Beratung des Erlasses des Oberpräsidenten Dr. Bethmann-Hollweg in der Angelegenheit der wiederholten Wahl des Stadtrats Gustav Kauffmann zum zweiten Bürgermeister von Berlin zusammen. Zum 23. d. M. ist der Ausschuß zur Beratung der Vorlage über den Einfluß der Krankenhauspflege auf das Wahlrecht, sowie über den Antrag der Stadtv. Augustin und Genossen, betreffend die Einräumung des Rechts für diejenigen den Unterstützungswohnsitz in Berlin besitzenden Personen, im Falle einer Anstaltspflegebedürftigkeit die unentgeltliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhause zu verlangen, zusammenberufen worden.

Errichtung einer städtischen Volksbadeanstalt auf dem Wedding. Die Stadtverordneten-Versammlung wird in einer Vorlage vom Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das sogenannte Baumschulen-Grundstück hinter der Feuerwache an der Pankstraße dafür verwendet wird. Diese Badeanstalt soll ein Männerschwimmbad von 205 Quadratmeter Wasserfläche, ein Frauenschwimmbad von 100 Quadratmeter Wasserfläche, beide mit zwei Seifenräumen von je 30 Quadratmeter Grundfläche, 70 Wannenzellen, 80 Brausezellen usw., sowie die erforderlichen Wohnungen für Angestellte enthalten. An der Kunkel- und Ravensstraße würden dann noch Baustellen zum Verkauf übrig bleiben. Der Eingang zur Badeanstalt kommt nach der Gerichtsstraße.

Dem Magistrat ist eine Petition von Motorengas- und Heizgas-Konsumenten zugegangen, welche über 400 Unterschriften trägt, darunter die einer ganzen Reihe großer Fabrikanten, die zwischen 8—17 000 M. für Motorengas jährlich zu entrichten haben. Die Petenten heben hervor, daß sie durch die Erhöhung des Heiz- und Motorengases von 10 auf 12,85 Pfennig pro Kubikmeter erheblich geschädigt sind, und teilweise in schwere geschäftliche Bedrängnis geraten seien, weil sie infolge fester und genau kalkulierter Verträge die Mehrausgaben für Gas weder auf ihre Kundschaft abwälzen, noch von ihrem ohnehin geringen Gewinn decken können. Nach längerer Beratung und Prüfung der Beschwerde hat der Magistrat beschlossen, die Petition ablehnend zu bescheiden.

Der hiesige Magistratssekretär Dr. Deichen ist unter 68 Bewerbern am letzten Dienstag von der Stadtverordneten-Versammlung zu Graudenz einstimmig zum besoldeten Stadtrat und Stadtkämmerer gewählt worden. Dr. Deichen ist bisher Sekretär bei der hiesigen städtischen Verkehrsdeputation gewesen.

Vom Milchkrieg. Eine etwas unklare Stellung im Milchkrieg nehmen die Verwaltungen einiger in Berlin einmündender Eisenbahnen ein. Nach den bestehenden Vorschriften müssen alle Milchkannen, in denen Milch von außerhalb nach Berlin im Wege des Bahnabonnements versendet wird, besondere Blechschilder mit dem Namen des Absenders tragen. Von dieser Vorschrift wird allein zu Gunsten der agrarischen Milchcentrale eine Ausnahme gemacht. Für die Blechkannen der Ring-Düppelschen Centrale genügt statt des theuren Blechschildes die einfache Aufklebung eines Papierzettels. Den Genossenschaftern der Berliner Milchhändler wurde dagegen die gleiche Vergünstigung trotz wiederholter Vorstellungen rundweg abgeschlagen. Nunmehr haben sie sich an Herrn v. Thielen persönlich gewendet. Merkwürdig ist auch, daß die Milchcentrale allem Anschein nach bereits eine Suspendierung einzelner Vorschriften der Berliner Milch-Polizeiverordnung erwirkt zu haben scheint. Nach § 7 dieser Verordnung müssen nämlich alle Gefäße, in denen Milch gewerbsmäßig in Berlin eingeführt wird, plombiert sein. Die Milchcentrale dagegen führt tagtäglich ihre Milch in unplombierten Blechkannen ein, ohne daß bis jetzt eine Inhibierung stattgefunden hätte.

Eine „schwarze Liste" haben sich auch die Berliner Lederhändler zugelegt. Dieses Verzeichnis der faulen Kunden ist bereits zu einem stattlichen Buch angeschwollen und enthält jetzt 4800 Namen.

Aus der Simon, Hermann und Ella Boehm-Stiftung werden alljährlich am 10. Januar, 31. Mai, 12. Juni und 5. August einmalige Unterstützungen in Höhe von 100 bis 400 M. an solche alleinstehende, ganz oder teilweise erwerbsunfähige weibliche Personen gewährt, die nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind. Ferner sollen aus der Stiftung auch Familien unterstützt werden, die ihres Ernährers beraubt sind und denen durch Gewährung einer Unterstützung die Möglichkeit zur Begründung oder Wiederaufrichtung einer Existenz geboten wird. Unterstützungsgesuche sind an das Kuratorium der Stiftung zu richten. Das Vermögen dieser Stiftung beträgt zur Zeit 204 015,99 M. Aus den Einnahmen der Stiftung sind im Jahre 1901 insgesamt 67 Unterstützungen im Gesamtbetrage von 7800 M. gezahlt worden.

Ein wunderlicher Streit beschäftigt zur Zeit die Blätter. Traudchen Humdgeburth soll nämlich ihrer Kuhmagdschaft verlustig gehen. Wie der „Hannov. Anz." mitteilt, ist Traudchen Humdgeburth eine ehemalige Chansonnette, Namens Elise Schaller geborene van der Porten, und in Berlin geboren. Das genannte Blatt will die amtlichen Dokumente über den Fall veröffentlichen. Demgegenüber versendet die Direktion des Passage-Theaters eine Notiz, in der sie für die Echtheit der Kuhmagd das bekräftigende Zeugnis des Impresarios in Anspruch nimmt. Dieser Herr aber soll der Ehemann der Chansonnette sein!

Mordversuch und Selbstmord. Der wohnungslose Maurer Rudolf Harder drang gestern morgen in der Trunkenheit in die Wohnung seiner von ihm geschiedenen Frau und bedrohte sie mit dem Tode. Als ein Schutzmann der Frau zu Hilfe kam, stürzte sich Harder aus dem Fenster auf die Straße hinab und erlitt eine so schwere Verletzung am Kopfe, daß er bald darauf auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße starb.

Ein Opfer der Straßenbahn ist der 43 Jahre alte Rohrleger Hermann Schmelzpfennig aus der Lychenerstraße Nr. 8 geworden, der bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigt war. Der Mann holte am Sonnabendabend aus dem Bureau in der Köpenickerstraße seinen Lohn und bestieg an der Brückenstraße einen elektrischen Wagen, um nach Hause zu fahren. An der Ecke der Münz- und Grenadierstraße sprang er während der Fahrt ab, überschlug sich und geriet unter den Anhängewagen. Dieser ging über ihn hinweg, bevor der Wagen zum Stehen gebracht werden konnte. Der Verunglückte wurde von einem Schutzmann nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Hier mußte ihm das rechte Bein sofort abgenommen werden, da der Oberschenkel fast vollständig abgequetscht war. Der linke Oberschenkel und mehrere Rippen waren dem Unglücklichen gebrochen. Außerdem stellte man noch innere und verschiedene Kopfverletzungen fest. Der Verunglückte erlag im Krankenhause seinen Verletzungen und seine Leiche wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnamt. Ueber die Schuldfragen wurden gestern, Freitagnachmittag, Augenzeugen des Unglücks vernommen. Schmelzpfennig war verheiratet und Vater eines 17jährigen Sohnes, der jetzt eben seine Lehrzeit als Klempner beendet hat.

Durch einen Sturz in die Spree fand vorgestern, Donnerstagabend um 9 Uhr die 53 Jahre alte Arbeiterswitwe Johanna Scheer geb. Walter aus der Swinemünderstr. 60 den gesuchten Tod. Die Frau war seit 1½ Jahren Witwe und seit dem Tode ihres Mannes stark dem Trunke ergeben. Infolge dessen kam sie vor zehn Monaten in städtische Irrenpflege. Ein halbes Jahr war sie in Dalldorf und dann in Privatpflege. Hier verfiel sie wieder dem Trunke. Nachdem sie zwei Nächte hindurch im Delirium phantasiert hatte, ging sie vorgestern nachmittag um 1 Uhr weg, um Strümpfe, die sie für die Anstalt in Dalldorf gestrickt hatte, abzuliefern. Abends sprang sie in der Nähe des Lehrter Bahnhofes am Friedrich Karl-Ufer in die Spree und fand ihren Tod, obgleich es einem Schiffer gelang, sie mit einem Bootshaken nach kurzer Zeit aus dem Wasser wieder herauszuziehen.

Ein Einbrecher, der längere Zeit ein ganzes Stadtviertel unsicher machte, ist jetzt festgenommen worden. In Moabit wurde ein Diebstahl nach dem andern verübt, ohne daß jemand auch nur die Spur eines Verdächtigen gesehen hätte. Zu den Opfern gehörten die Herren Lieutenant Dettmer, Freiherr v. Rotenhan, Döring und viele andre. 35 Einbrüche waren bereits angezeigt, und noch immer kannte man den Thäter nicht, der in einem Falle 8000, in einem andren 10 000 M. in Wertpapieren, sowie allerhand wertvolle Sachen erbeutet hatte. Er hatte zunächst einen Teil der Gegenstände verkauft und versuchte dann, die Papiere abzusetzen. Die Bankhäuser waren aber benachrichtigt, und nur mit knapper Not entging der Kunde wiederholt seiner Festnahme. Da er nun so nicht weiter kam, schlug er einen andren, nicht ganz gewöhnlichen Weg ein. Er schrieb ohne Namen an die Bestohlenen und erbot sich, ihnen die Wertpapiere gegen Auslösegeld herauszugeben. Der Kriminalkommissar, der die Ermittelungen leitete, empfahl den Leuten, darauf einzugehen und dem Einbrecher, wie er es verlangt hatte, unter bestimmten Zeichen Briefe postlagernd zu senden. Sobald, wie der Beamte geglaubt hatte, kam er aber nicht zum Ziel. Die Briefe wurden regelmäßig von einem Dienstmann abgeholt. Dieser gab sie an einer bestimmten Stelle einem jungen Burschen, der ihn erwartete, der wieder einem andern usw., so daß man den eigentlichen Empfänger noch immer nicht zu sehen bekam. Um das Geld zu erhalten, bat der Einbrecher die Bestohlenen um eine Zusammenkunft in einem Café, teilte ihnen aber gleichzeitig mit, daß er sie über den Haufen schießen werde, wenn sie etwa versuchen sollten, ihn der Polizei zu überliefern. Ein Werkmeister Münter ging auf den Vorschlag wirklich ein, zahlte das verlangte Löſegeld und erhielt seine Wertpapiere zurück. Ein andrer Bestohlener nahm den Vorschlag nur zum Schein an und glaubte den Verbrecher auch ohne die Kriminalpolizei festnehmen zu können. Er hatte aber keinen Erfolg und büßte zu seinen Papieren noch etwas Geld ein. Dem Einbrecher selbst schien indessen dieser Weg nun doch nicht mehr zu gehen. Er verlangte von einem andren Bestohlenen, daß er das Löſegeld, 180 M., an seine eigene, des Bestohlenen, Adresse postlagernd schicke. Er, der Einbrecher, werde sich am Postschalter durch die Militärpapiere, die er gleichzeitig gestohlen habe, ausweisen. Der Bestohlene, Herr G., sandte das Geld ab, und mehrere Kriminalbeamte erwarteten auf dem Postamt den Empfänger. Der verständigte Schalterbeamte fragte den Mann, der zuerst mit den Militärpapieren kam, ob er Herr G. sei. Der Herr verneinte und ging weg. Nach kurzer Zeit erschien ein zweiter Mann, „Herr G. selbst", und nun hatte man den Einbrecher. Es ist ein erst 22 Jahre alter ehemaliger Handlungsgehilfe Friedrich Danien. Die Kriminalpolizei, die bei ihm lange nicht alles fand, was noch vermißt wurde, gab ihm Gelegenheit, an seine Eltern zu schreiben. Dabei erfuhr man auch den Namen seiner Geliebten, einer 21jährigen Marie Bengsch aus der Stephanstr. 45, und bei dieser fand man eine Menge gestohlener Sachen, Bücher, Wäsche, Gürtelketten, 150 Schlüssel u. a. m. Diese Gegenstände können im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums besichtigt werden.

Eine aufregende Scene spielte sich Donnerstagabend in der Wrangelstr. 92 ab. Hier wohnt im dritten Stock des Vorderhauses der Polizeiwachtmeister Ebhardt, dessen einziger, jetzt 7 Jahre alter Sohn bereits vor 4 Jahren einmal aus dem dritten Stock einer Wohnung herabstürzte, ohne indes körperlichen Schaden zu nehmen. Gestern abend, als der Kleine allein zu Hause gelassen wurde, ergriff ihn die Angst. Im Hemde kletterte er das spitzwinklige Fensterfims, setzte sich darauf und rief den Passanten zu, daß er herabspringen werde. Binnen wenigen Minuten war die Straße mit Neugierigen angefüllt, die jeden Augenblick gewärtig waren, daß das Kind herabstürze. Wider Erwarten kletterte der Knabe in bloßen Füßen über die etwa ein Fuß haltenden Gesimse dreier Fenster, machte Kehrt und wiederholte diesen Spaziergang mehreremal. Das Publikum war starr ob dieser Leistung, traf aber auch Fürsorge, einem Absturz des Kindes durch Ausbreitung von Teppichen zu begegnen. Noch bevor die alarmierte Feuerwehr eintraf, hatten Nachbarn die bezügliche Wohnungsthür erbrochen, sich an den Knaben herangeschlichen und denselben durch das Fenster gezogen.

Fürst Manolesco, der vor einigen Wochen verhaftete Hoteldieb, ist jetzt zur Beobachtung der Neuen Charité überwiesen worden. Der „Fürst", ein zu Marsala in Rumänien geborener Georg Manolesco, nennt sich jetzt „Privatier". Wie mehrfach berichtet wurde, machte er sich durch Gaunereien und Diebstähle in Hotels bekannt. In Berlin stahl er in zwei Hotels andern Gästen Brillanten von hohem Wert. Dann wurde er in Neapel ergriffen, als er sich gerade anschickte, nach Aegypten abzureisen. Manolesco ist verheiratet und Vater einer Tochter, lebte aber von seiner Familie getrennt.

An der 9. städtischen Fortbildungsschule, Fruchtstr. 38, wird im bevorstehenden Wintersemester auch Unterricht in der russischen Sprache erteilt werden. Das Schulgeld für diesen Gegenstand beträgt für 4 Stunden wöchentlich halbjährlich 4 M. Der Unterricht wird erteilt Dienstags und Freitags abends von 7 bis 9 Uhr. Anmeldungen werden durch den Dirigenten der Anstalt, Herrn Pagel, von 7 bis 9 Uhr abends im Amtszimmer der 9. städtischen Fortbildungsschule, Fruchtstr. 38, entgegengenommen.

Aus den Nachbarorten.

Die Aufnahme einer neuen Anleihe im Betrage von 32 Millionen Mark beantragt soeben der Charlottenburger Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung. Mit den 32 Millionen sollen hauptsächlich bedacht werden: Bau des Verwaltungsgebäudes mit 1½ Millionen, Bau der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule 170 000 M., Bau des Krankenhauses auf Westend 7 164 400 M., Bau des Elektricitätswerkes einschließlich Kabelnetz 6 054 200 M., Straßen, Brücken und Uferbauten 1 722 300 M., Ausbau der Kanalisation 2 263 000 M., Ausbau der Gasanstalt II 6 800 000 M., Bau einer zweiten Realschule in Süden der Stadt 794 000 M., Bau einer höheren Mädchenschule in der Nürnberger-

straße 63, 072 400 M., Bau einer höheren Mädchenschule im Westen der Stadt 600 000 M. und Bau einer zweiten Volks-Bade-Anstalt 700 000 M.

Zu den Schöneberger Stadtverordneten-Wahlen schreibt man uns: Eine rührige Thätigkeit zu den bevorstehenden Wahlen entfalten, wenn man hiesigen Zeitungsnachrichten glauben darf, die äußerlich zu einem Ganzen zusammengeschlossenen 15 bürgerlichen Vereine. Ihr Dreißiger-Ausschuß hat sich große Mühe gegeben, den drohenden Blitz, der sich in der Absicht der Aufstellung eigner Kandidaten seitens des Mietervereins zeigte, zu verkleistern, und es scheint, daß ihm dies auch gelungen ist. In der nächsten Woche werden sich die Kandidaten des Mischmaschs ihren Wählern präsentieren, und man wird dann erfahren, wen man vor sich hat. Wie die Einigung zu stande gekommen ist, das wird wohl ewiges Geheimnis bleiben, trotzdem man sicher annehmen kann, daß nach der Wahl — jeder seinen eignen Weg gehen wird. Auch der Mieterverein dürfte das ihn jetzt mit dem Haus- und Grundbesitzerverein so harmonisch verbindende Verhältnis gewiß lösen wollen — vorausgesetzt, daß er sich nicht zu sehr hat in die Karten sehen lassen. Wir werden ja sehen.

Angesichts dieser Verhältnisse dürfen unsre Parteigenossen nichts versäumen, was zur Erreichung unsres Sieges erforderlich ist. Das Opfer eines eventuellen Verlustes an Arbeitsverdienst muß gebracht werden, damit der letzte Beschluß der Körperschaften in Sachen der Verlängerung der Wahlzeit uns nicht schade. Auf die am Montag in Obsts Lokal stattfindende allgemeine Wählerversammlung, zu der Reichstags-Abgeordneter Genosse Pfannkuch das Referat übernommen hat, machen wir hierdurch sämtliche Parteigenossen ganz besonders aufmerksam.

Steglitz. Die „Bierabende", die von der hiesigen Gemeindevertretung zur Auswahl der Bürgermeisterkandidaten abgehalten wurden, scheinen eine versöhnende Wirkung gehabt zu haben: Der Steglitzer Kommunalfreisinn, dem man auf dem Görlitzer Parteitage der freisinnigen Volkspartei ein „radikales Programm" nachgerühmt hat, hat sich mit der sonst grimmig befehdeten konservativ-antisemitischen Opposition der sogenannten „Unabhängigen" in letzter Stunde vereinigt und den derzeitigen zweiten Bürgermeister Buhrow in Aschersleben mit 18 von 20 abgegebenen Stimmen zum besoldeten Amts- und Gemeindevorsteher gewählt. Nur zwei Gemeindeverordnete haben durch Abgabe weißer Zettel gegen die Wahl protestiert. Da auch die Militärpapiere des Reservelieutenants in tadelloser Ordnung sind, dürfte die anderwärts oft so langwierige Bestätigung nicht lange auf sich warten lassen. Ob aber das neue Gemeindeoberhaupt, wie die vereinigten Gegner hoffen, den Ansturm der Socialdemokratie auf das Rathaus abschlagen wird, ist zweifelhaft; nach dem Aschersleber Rezepte dürfte er das Gegenteil erreichen.

Neu-Weißensee. Der Vorschlag der Regierung, dem Mangel an Schulräumen dadurch abzuhelfen, daß Kinder beiderlei Geschlechts gemeinsamen Unterricht erhalten, ist bei der Umschulung im Oktober in den drei unteren Klassen durchgeführt worden. Diese Maßregel hat vielfach den Unmut der Eltern wachgerufen und gar drastische Ausdrücke bekam man aus Anlaß dieser Sache zu hören. Festgestellt werden muß jedoch, daß die an dieser Aenderung geübte Kritik zum Teil weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Die Trennung der Geschlechter in der Schule wird von vielen, auch von sonst aufgeklärten Arbeitern, als etwas angesehen, an dem nicht gerüttelt werden dürfe; eine Abweichung von dieser Auffassung wird als rückschrittlich und reaktionär bezeichnet. Diese Ansicht ist eine durchaus falsche.

Was hierbei nicht scharf genug kritisiert werden kann, ist, daß die Regierung die Durchführung dieser Maßregel nur aus Anlaß des Mangels an Klassenräumen verlangte, statt, um der Ueberfüllung der Klassen vorzubeugen, den Bau von Schulhäusern zu verlangen und zu verfügen. Statt dem Uebel an der Wurzel zu Leibe zu gehen, behilft man sich mit Mittelchen, die allgemein durchgeführt durchaus gutgeheißen werden müßten, die in diesem Fall aber geradezu schädlich wirken müssen.

Lichtenberg. Großen Jubel erregt unter den hiesigen Hausbesitzern ein Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, welches ausspricht, daß die Herren von der ihnen auferlegten Pflicht, die Bürgersteige zu unterhalten, befreit sind. Das Gericht nahm an, daß die in Berlin für die Hausbesitzer bestehende Gewohnheitspflicht für Lichtenberg nicht vorhanden ist. In der Frage der Eingemeindung wird diese Entscheidung offenbar für Lichtenberg von ungünstigem Einfluß sein. Selbstverständlich bethätigen die Hausbesitzer ihren Gemeinsinn jetzt durch die Erörterung der Frage, wie es anzustellen ist, daß sie ihre Entschädigungsansprüche an die Gemeinde möglichst vorteilhaft geltend machen.

Die von der Gemeindevertretung gewählte Kommission zur Schaffung eines Ortsstatuts für das zu errichtende Gewerbegericht Lichtenberg wird der Gemeindevertretung in deren nächster Sitzung vorschlagen, das Gewerbegericht vom 1. Januar 1902 in Funktion treten zu lassen. Vorgeschlagen wird, das Gericht zunächst mit einem Vorsitzenden, 3 Stellvertretern und 28 Beisitzern zu besetzen. Von der Errichtung besonderer Kammern soll vorläufig abgesehen werden, bis die Praxis das Richtige ergiebt. Auch soll das Aufstellen besonderer Wählerlisten unterbleiben, die Wähler haben sich am Wahltage als solche zu legitimieren. Sache der Gewerkschaften am Orte wird es sein, sofort mit den Vorbereitungen zu beginnen. Am Dienstag wird in einer öffentlichen Versammlung über diese Frage das Kommissionsmitglied, Gemeindeverordneter Grauer, sprechen.

Die Versandung der Spree auf einer Strecke vor ihrer Mündung in die Havel, welche sich vor einigen Monaten bemerkbar machte und den Schiffahrtsverkehr stark beeinträchtigte, ist jetzt durch die mehrwöchentliche Arbeit eines Dampfbaggers der Wasserbauverwaltung beseitigt. Die Fahrstraße mußte stellenweise beinahe um 1 Meter durch Ausbaggerung vertieft werden.

Versammlungen.

Die Barbiergehilfen waren am 10. d. M. zahlreich versammelt, um Stellung zur Freigabe der zweiten Feiertage an den Festtagen Ostern, Pfingsten, Weihnachten zu nehmen. Der Referent Wermke schilderte die Wünsche der Arbeiter zur Erringung einer kürzeren Arbeitszeit. Die Arbeitszeit im Barbierberuf betrug bis vor kurzem 106 Stunden wöchentlich. Durch die gesetzlichen Bestimmungen wird dieselbe auf 90—95 Stunden reduziert (Sonntagsruhe). Das Verlangen nach Beseitigung der Arbeitszeit an den zwei Feiertagen sei berechtigt. Einerseits sei an den Tagen schon wenig zu thun, dann aber ist eine Ruhepause von einem ganzen Tag auch kein unbilliges Verlangen. Daß auch eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit durchführbar ist, beweist das errichtete Genossenschaftsgeschäft, indem dort nur eine zehnstündige Arbeitszeit herrscht. In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen wesentlich ergänzt und die Agitationskommission beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Arbeitgeber einen stillschweigenden Beschluß gefaßt haben müssen, alle organisierten Gehilfen zu entlassen, denn die zahlreichen Entlassungen dieser und die Einstellung unorganisierter, auf auswärtigen Nachweisen engagierter Gehilfen deute darauf hin, die Organisation der Gehilfen zu vernichten. Eine allgemeine Vertrauensmänner-Sitzung soll sich mit der Angelegenheit beschäftigen. — Als Delegierte in die Gewerkschaftskommission wurden Kaiser und Litwe gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 20. Oktober, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. — Um 10½ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Frl. Ida Altmann: „Warum muß der Freidenker nicht nur das Kirchentum, sondern das Christentum selbst ablehnen?" Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 21. cr., abends 8½ Uhr, im unteren Saale des „Englischen Gartens", Alexanderstraße 27c: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Weiße Quittung legitimiert.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 Hamburg), Filiale 3. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 19. Oktober, abends 9 Uhr bei Bergener, Reichenbergerstr. 157. — Filiale 5. Mitgliederversammlung am Sonnabend bei Sidow, Lothringerstr. 68.

Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	S	2	heiter	14	Haparanda	770	S	2	bedeckt	7
Hamburg	758	SO	2	Nebel	9	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	760	S	1	bedeckt	10	Cork	742	W	4	wolkenl	9
Frankf./M.	759	O	2	hlb bed.	10	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	760	SO	2	Nebel	4	Paris	756	S	2	wolkig	10
Wien	761	Still	—	Nebel	10						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. Oktober 1901.

Ziemlich warm, vielfach heiter, jedoch veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 17. Oktober 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		8,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,70	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,40	1,—
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,30
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	14,40	13,60	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	13,50	12,80	Eier	60 Stück	5,00	2,40
„ gering	„	12,70	12,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	16,10	15,20	Aale	„	2,50	1,20
„ mittel	„	15,10	14,30	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,20	13,40	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	—,—	—,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	—,—	—,—	Schleie	„	2,80	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse	per Schock	16,—	3,—
Linsen	„	60,—	30,—				

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 18. Oktober. Getreide. Nach festem Schluß war die gestrige Nachbörse etwas schwächer verlaufen, am heutigen Frühmarkt war die Stimmung wieder gebessert. Für vordere Sichten bleibt bessere Frage bestehen und russische Offerten sind noch immer nicht am Markt. Odessa meldet fehlende Zufuhren aus dem Inland. Außerdem sandten Oestreich-Ungarn und Amerika feste Preismeldungen. Weizen notierte am Mittagsmarkte etwas höher als gestern. Roggen war anfänglich leicht gedrückt auf guten Ausfall der Kartoffelernte. Beide Artikel schlossen gestern leicht gebessert. Mehl gut behauptet. Am Futtermarkt war Hafer ziemlich fest, Mais unverändert. Rüböl erzielte bei ruhigem Geschäft kleine Preisbesserungen.

Spiritus. Am Spiritusmarkt vollzog sich ein neuer Preissturz um 1,50 M. 70er loco wurde mit 35 M. gehandelt. — Schluß für Getreide ziemlich fest.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

F. J. 105. Unterzeichnete dürfen von den preußischen Lotteriekollekteuren nicht gehalten werden.

A. L. 100. Ja. — **Paul L.** Sie sind nach § 5 der Städte-Ordnung nicht wahlberechtigt. — **Rostock.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet und haben kein Recht auf Erziehung des Kindes. — **P. P. 11983.** Der Standesbeamte kann sich mit Anwesenheit eines Verlobten zwecks Aufgebots begnügen, falls die erforderlichen Papiere beigebracht sind. — **M. 100.** Sie müssen ein Patent nehmen. Wenden Sie sich persönlich an das Patentamt, Luisenstraße. — **W. R. 19.** Rein. — **Ch., Dresden.** Kläger sowohl wie der Beklagte können um Bewilligung des Armenrechts einkommen. — **13. Oktober.** Leider steht Ihnen ein Anspruch nicht zu. — **Streit 12.** Eine Bekanntmachung in einer Zeitung ist ohne rechtliche Folgen für das Vorgerecht der Ehefrau. Dies kann nur durch eine notariell oder gerichtlich beglaubigte, zum Güterrechts-Register einzureichende Erklärung des Mannes aufgehoben oder beschränkt werden. — **100 A. S., Charlottenburg.** Sie können ruhig wählen. — **B. 36.** Das Gericht hat ja nach freiem Ermessen unter Würdigung aller Umstände zu entscheiden, ob es das Vorbringen einer Partei für wahr hält. Ein Zeuge läßt sich für die von Ihnen angeführte Behauptung in der Regel nicht beibringen. Auch ohne einen solchen kann die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Beweisthemas für dargelegt erachtet werden. — **F. H. 50. 0.** Richten Sie schließlich an den Vorstand der Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung einer Unfallrente. — **Streitfrage 100.** Ein Mann kann nach vollendeter Volljährigkeit heiraten; er muß also 21 Jahre alt sein oder vor vollendetem 21. Jahre vom Amtsgericht für großjährig erklärt sein. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre bedarf er der väterlichen Einwilligung. Der Umstand, ob er bereits gedient hat, ist gleichgültig. — **M. F. I.** 1. Verlorene Quittungskarten sind durch neue zu ersetzen. Den Antrag richten Sie an die Polizeibehörde. 2. Der Antrag auf Rückerstattung ist innerhalb eines Jahres nach der Heirat an den Magistrat zu Charlottenburg zu richten. — **M. W. 100.** Sie müßten einen Antrag auf Festsetzung der Ihnen vom Gegner zu erstattenden Kosten an das Amtsgericht senden. Ein Beispiel finden Sie S. 437 Nr. 78 des „Arbeiterrechts". — **Hermann N.** 1. Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben oder Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, sind verpflichtet, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen an der Außenseite oder am Eingang des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbarer Schrift anzubringen. Das Schaufenster gehört zur Außenseite des Ladens. 2. Verlangen Sie Ihre Uhr von dem Uhrmacher oder klagen Sie gegen Ihren Vaters auf Angabe des Namens des Uhrmachers oder auf Herausgabe der Uhr. — **1000. Belle-Alliancestraße.** Nein.

Central-Verband der Zimmerer Deutschl.
(Zahlstelle Rixdorf.)
Am 16. Oktober verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriges treues Mitglied
Gustav Braungart
im Alter von 26 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Rudowerstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/8 **Der Vorstand.**

Heute nacht 12¼ Uhr verstarb nach langen Leiden meine liebe Frau
Johanna Stoermer,
geb. **Hök,**
Kassiererin der Krankenkasse für Frauen und Mädchen Deutschlands, Verwaltung Berlin I.
Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen
Franz Stoermer.
Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 2 Uhr vom Trauerhause, Naunynstr. 74, aus auf dem neuen Thomas-Kirchhof statt. 12025

Erklärung.
Das Gerücht, welches unter meinen Gästen kolportiert wird, ich hätte den Schankwirt Bergemann, Gerichtstraße 74, wegen Uebertretung der Polizeistunde denunziert, beruht auf Unwahrheit. **Robert Riess,**
1185b **Gerichtstr. 15.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
(E. H. K. Nr. 2 Hamburg.)
Oertliche Verwaltung Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. Oktober das Mitglied
Gustav Braungart
nach vierwöchigem, schwerem Leiden gestorben ist. 250/15
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. d. M., nachm. 5 Uhr, vom alten Rixdorfer Kirchhof aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und unsre gute Mutter und Großmutter
Minna Schweizer geb. **Zinnall**
am Mittwoch, den 16. Oktober, sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee statt. 1182b
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unsres **lieben Mannes und Vaters,** sagen wir hiermit allen, insbesondere den Bauarbeitern Berlins, unsern herzlichsten Dank. 1201b
Frau **Hayn** nebst Tochter.

Verband der Maschinisten u. Heizer sow. Berufsgen. Deutschl.
(Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.)
Sonntag, den 20. Oktober 1901, nachmittags 5 Uhr,
in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren 3. Anträge.
Quittungsbuch legitimiert. 138/19
Die Ortsverwaltung.

Rixdorf. Rixdorf.
V. Stiftungsfest
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten (Filiale Rixdorf)
Sonnabend, den 19. Oktober, in Wilh. Münzers Ball-Salon,
Kniesebeckstr. 113.
Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.
Anfang 8 Uhr. Billet 25 Pf.
292/2 **Das Komitee.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonnabend, den 19. Oktober 1901, abends 8½ Uhr
Konferenz der Vertrauensleute für Moabit
bei **Fischer, Waldstraße 8.**

Sonntag, den 20. Oktober 1901, vormittags 10 Uhr
Versammlung
der Eisen- und Metall-Former, sowie sämtlicher Gießerei-Arbeiter
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,** Saal IV.
Tages-Ordnung:
1. Der Uebertritt der Former vom Centralverband zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Referent: Kollege Louis Müller. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 20. Oktober 1901, vormittags 10 Uhr
Morgensprache der Schraubendreher
bei **Wetzel, Wrangelstr. 136.**

Montag, den 21. Oktober 1901, abends 8¼ Uhr,
Allgemeine Konferenz der gesamten Vertrauensleute Berlins
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15** (großer Saal).
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu den notwendigen Ergänzungswahlen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 19. Oktober 1901:
Vergnügen der Feilenarbeiter
bestehend in **Kränzchen** u. **Theater-Aufführungen,** im **Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstr. 7.**
Während der Kaffeepause humoristische Vorträge. — Entree 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf nach. — Anfang 8 Uhr.
Zahlreichen Besuch erwartet
119/20 **Das Komitee.**

Central-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder
und verw. Geschäftszweige. (E. H. 33.)
Verwaltungsstelle Berlin.
Montag, den 21. Oktober 1901, abends 8½ Uhr:
Haupt-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Kontrollbericht pro III. Quartal 1901. 2. Bericht über die Apotheker-Angelegenheiten. 3. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
26/7 **Die Ortsverwaltung.**

Socialdemokrat. Wahlverein für d. Bezirk Stralau.
Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr,
im Lokale des Herrn Gursch, Alt-Stralau,
Vereins-Versammlung.
Tagesordnung: 1188b
1. Bericht vom Provinzial-Parteitag. 2. Bericht vom Parteitag zu Lübeck; Referent Genosse Grauer. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Neuwahl des Vertrauensmannes, der Revisoren, der Lokal-Kommission sowie des Gesamtvorstandes. 5. Wahl der Delegierten zur Kreis-Konferenz. 6. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Rixdorf.
Verband der Portefeuiller und aller in der Leder- und Galanteriewaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)
Sonnabend, den 19. d. M., abends 8½ Uhr,
in Gröplers Salon, Bergstrasse 147,
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 1. „Was wir wollen"? Referent: Stadtverordneter **A. Hofmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 103/13
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 21. Oktober cr., abends 8½ Uhr,
Andreasstrasse 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Der Friedens-Gedanke". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder, welche Adressen von Kollegen in den Provinzen wissen, werden ersucht, dieselben an H. Schulz, Memelerstr. 60a, einzusenden.
148/1 **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 23:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag der Kollegin Frau **Kiesel:** „Krisen und Krisenwirkungen".
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Verband des technischen Bühnen-Personals.
Sonnabend, den 19. Oktober, abends 11 Uhr, Neue Roßstraße 3:
Quartals-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1909
1. Kassenbericht. 2. Vorstands- und Agitationskommissions-Bericht. 3. Ersatzwahlen zum Vorstand. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Am Montag, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, in Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Robert Seidel (Zürich) über: „Die Socialdemokratie in der Republik".

214/10* Der Vertrauensmann.

Moabit.

Montag, den 21. Oktober, abends 8¼ Uhr, in „Ahrens Brauerei", Turmstraße 25–26:

Kommunalwähler-Versammlung

für den 44. und 45. Bezirk.

Tages-Ordnung.

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen und unsre Aufgaben im Roten Hause. Referent Genosse **Dr. C. Freudenberg.** 2. Diskussion.

Parteigenossen, agitiert für den Besuch dieser Versammlung.

209/8* **Die Wahlkomitees.**

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 20. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr, in **Keller's Festsälen,** Koppenstr. 29:

Herbst-Fest

unter Mitwirkung des

Waldemar Meyer-Quartetts

sowie des Frl. **Elise Rohde** (Sopran).

Von 6 Uhr ab in den Nebenräumen: **TANZ.**

Karten a 50 Pf. sind an allen Zahlstellen sowie an der Abendkasse (**60 Pf.**) zu haben.

Sonntag, den 27. Oktober cr., nachmittags 2½ Uhr, im **Bellealliance-Theater:**

Vereins-Vorstellung für die II. Abteilung:

Die Journalisten.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav Freytag.

Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.

150/17] Der Vorstand. I. A.: **H. Neft,** Georgenkirchstr. 47, I.

Achtung! Für Arbeiter! Achtung!

Gelegenheitskäufe in guter getragener Herren- und Knaben-Garderobe, im Versatz verfallener Garderobe, Uhren, Ketten, Ringe. Großes Lager in Winter-Paletots und Betten nur allein bei [2555L*

L. SOMMERFELD

Oranienstraße 195

— Ecke Heinrichs-Platz, Eingang Mariannenstraße (im Keller). —

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl.

Achtung! Brauerei-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 1 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

Große öffentl. Versammlung

aller in

Brauereien, Malzfabriken u. Bierniederlagen beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die beabsichtigte Nahrungsmittel-Verteuerung durch Erhöhung der Zölle, sowie die schädlichen Folgen der geplanten höheren Besteuerung der Brauerei-Rohprodukte und des Bieres für alle in den Brauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen beschäftigten Personen." Referent Reichstagsabg. **Rosenow.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Rücksicht auf die Gefahren, die den oben bezeichneten Arbeitern durch die beabsichtigte Verteuerung drohen, wird erwartet, daß keiner in der Versammlung fehlt. Jeder wahre seine Interessen und sei pünktlich zur Stelle. Beitrittserklärungen zum Verband der Brauer und Berufsgenossen werden in der Versammlung entgegengenommen. 41/16

Die Agitationskommission.

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe d. Tischler u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr,

Mitglieder - Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Wahl der Vertreter zu den Generalversammlungen.

Diejenigen Mitglieder, welche im Bezirk des Kassierers Post beschäftigt sind, wählen im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15, Saal 8, 76 Delegierte. 11838

Diejenigen im Bezirk des Kassierers Schulze bei **Brochnow,** Weberstraße 17, 50 Delegierte.

Freiwillige Mitglieder, welche ihre Beiträge auf der Kasse bezahlen, wählen in dem Bezirk, in welchem sie wohnen.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungen pünktlich eröffnet werden.

Arbeitgeber-Versammlung

Montag, den 28. d. M., abends 8½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung:

Wahl von 54 Vertretern zu den Generalversammlungen.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Am **Sonnabend, den 19. Oktober, von 9½–6 Uhr nachmittags,** werden die noch vorhandenen **grossen Cigarrenbestände** aus der Schneidern. Glaserschen **Konkursmasse** im Geschäftslokal **Kommandantenstr. 87,** Laden am Dönhoffsplatz, für jeden annehmbaren Preis zum sofortigen Ausverkauf gestellt und werden Restaurateure und Private auf dieses günstige Angebot ganz besonders aufmerksam gemacht.

Großer schöner Geschäftskeller für **Milchhandel oder Bierverlag** passend, sofort zu vermieten Fehrbellinerstraße 45. 10876*

Große Frankfurterstraße 39.

Chic,

Gelegenheitskäufe für moderne 2470Q*

Herren-Artikel

Specialität der Firma:

Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.

Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen.

Große Frankfurterstraße 39.

Gardinenfabrik

Lager von

Bruno Güther

Berlin

80 Grüner Weg 80, part.

Eingang vom Flur, kein Laden.

Verkaufe in meinem seit 32 Jahren bestehenden

Special-Gardinengeschäft

800 bis 1000 Reste in **Zwirn, Mull** und **Tüll** und **englische Gardinen,** für 1 bis 4 Fenster passend 2296L*

spottbillig

um damit zu räumen.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie

Ziehung schon 26. October cr.

13160 Geldgewinne baar

ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

375000

Die Hauptgewinne sind:

100000

60000

40000

20000

10000

etc. etc. etc.

Originalloose à 3 Mk.

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

Bank-Geschäft

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW.: Wilsnackerstr. 63.

O.: Andreasstr. 46 a.

Bücherankauf und **Beleihung** Hannemann, Kochstraße 56, I, Amt 6, 3397. 8878*

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen, Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 28 Mk. **4 Mk. 50**

Echt blaues Monteur-Jackett **1** M. 90
Echt blaue Monteur-Hose . . **1** M. 50
Echt blaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . **2** M. 50
Echt blaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . **2** M. 10
Prima Manchester Hose 9,—, 5,50, **4,25**
Gefüttert. Manchest.-Jackett 13,— **9,—**
Operations-Mantel f. Aerzte 4,75—**3** M. 40
Maler-Kittel . . . . . 3,—, 2,50, **2** M.
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, **2** M. 40
Weißes Leder-Jackett, 2reihig gefüttert . . . . . **7** M. 50
Weiße Lederhose, Prima Ware **3** M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 2490Q*

Nachdruck verboten!

Erklärung.

Bezugnehmend auf die Anzeige der Milchhändler Berlins erkläre ich, daß ich nur Milch von meinen Kühen verkaufe und keine Ringmilch. [1200b

H. Damaschke, Fruchtstr. 26.

Erklärung.

Bezugnehmend auf die Anzeige der vereinigten Milchhändler Berlins und der Vororte erkläre ich, daß meinerseits **keine Ringmilch** verkauft wird, da meine eigne Molkerei genügend Milch liefert. [1159b*

Rixdorf, den 16. Oktober 1901.

Paul Kautsch, Ziethenstr. 72.

Berichtigung.

Ich habe noch keine Ringmilch verkauft, trete im Gegenteil energisch gegen den Verkauf solcher Milch ein.

Albert Schäfer, Milchhändler, **Barnimstraße 12.**

Berichtigung.

Der Milchhändler **Kramer,** Ebertystraße 50, führt keine Ringmilch und ist nur durch ein Versehen auf die betreffende Liste gekommen, was hierdurch richtiggestellt werden soll.

Auch Herr **Brachwitz,** Kochstraße 45, führt keine Ringmilch, was hiermit gleichzeitig bestätigt wird.

J. A.: **Wiesener.**

Johann Koppitsch,

Skalitzerstraße 44.

Ich erkläre hiermit, daß ich nachweislich bis jetzt nur ringfreie Milch verkauft habe und auch das Plakat der vereinigten Milchhändler Berlins mit dem Namen Wiesener bestige.

J. Wand's Kleidermagazin für Alt und Neu!

Prinzen-Strasse 17.

Täglicher Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Gesellschaftsanzügen, in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für korpulente Figuren passend, **zu staunend billigen Preisen.** [1190b

---

Ganz umsonst und portofrei

kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben. (Wir bitten selbiges jedoch nicht mit Coupons oder Gutscheinen zu verwechseln.) Man verlange **Prachtkatalog fürs Jahr 1901** nächst näherer Angabe ebenfalls **gratis u. franco.** Derselbe enthält außer aufgeführt. Rasiermesser noch 28 verschiedene Nummern in Rasiermessern sowie große Auswahl in Rasierutensilien, Taschen, Tafelmessern und Gabeln, Scheren, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren- und Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Cigarrentaschen, Pfeifen, Spazierstöcken, Regenschirmen, Fernrohren, Feldstechern, Schuß- und Stichwaffen, Wagen und sonstigen Schmuck und Haushaltungsartikeln 2c.

Mit beliebigem Namen in Goldschrift verziert 10 Pfennig mehr.

Gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unsrer Waren (ohne Risiko) überzeugen kann,

Rasiermesser No. 64

für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie. aus Silberstahl genau wie Zeichnung, fein hohl geschliffen, fertig zum Geb- auch, echt Hornheft, mit haltbarer imitierter Goldeinlage, mit hochfeinem Etui.

Besteller verpflichtet sich, obigen Betrag einzusenden oder das Messer zu retourn.

Mehr wie ein Stück nur gegen Nachn. Bitte genau auf unsre Firma zu achten. **Gebrüder Bell,** Stahlwarenfabrik, Gegründet 1878, **Gräfrath Nr. 714** bei Solingen.

Das beste tägliche Getränk.

van Houten's Cacao

wird von allen Cacaotrinkern wegen seines Wohlgeschmacks und seiner Nährkraft bevorzugt.

½ Kilo genügt für 100 Tassen.

In **Berlin** wird **van Houtens Cacao** tassenweise ausgeschänkt in **van Houtens Cacao-Stube, Werderschestrasse 7,** in der Nähe von Gerson.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg.

Damen-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.

Filz-Schnür-Stiefel mit Plüschfutter und Lederbesatz haltbarer Strassenstiefel **3,75 Mk.**

Leder-Zugstiefel angenehm und haltbar **3,40 Mk.**

Leder-Schnür-Stiefel bequem — solide **5,50 Mk.**

Leder-Knopf-Stiefel elegant — dauerhaft **5,80 Mk.**

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.
72 Filialen unter eigener Firma im Deutschen Reiche.

In Berlin:

Andreasstrasse 50	Friedrichstr. 240-41	Oranienstrasse 65	Spittelmarkt 15
Beusselstrasse 29	Gr. Frankfurterstr. 139	Potsdamerstrasse 50	Thurmstrasse 37
Danzigerstrasse 1 (Ecke Schönhauser Allee)	Müllerstrasse 3	Rosenthalerstrasse 14	Wilsnackerstrasse 22

RIXDORF: Bergstr. 30-31. * CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Strasse 122.

Weitgehendste Garantie für unsere Schuhwaaren in Bezug auf Passform, Haltbarkeit u. Eleganz.

Unsere Preise sind die denkbar billigsten, unsere Qualitäten die allerbesten.

Wir bieten eine **unübertroffene Auswahl** in **Warm gefütterten Stiefeln, Schuhen und Pantoffeln, Gummi-Schuhen (bestes deutsches u. echt russisches Fabrikat)** für Damen 1,95 Mark, für Herren 3,70 Mark das Paar.

Eleganter Gemsleder-Tanzschuh mit Lederfutter **2,60 Mk.**

Ballschuhe, hochmodern von den einfachsten bis zu den elegantesten

Hochfeiner weisser Glacé-Tanzschuh mit Spange **3,40 Mk.**

Specialität:

Good year Welt Schuhe und Stiefel, das beste und haltbarste Schuhzeug der Gegenwart.

Die Preise sind in unseren Fabriken auf der Sohle eines jeden Paares aufgestempelt, eine Uebervortheilung mithin ausgeschlossen.

Mädchen-, Knaben- und Kinderschuhe in grösster Auswahl, auffallend billig.

Dauerhafter Mädchen-Knopf-Stiefel Grösse 27/28 **3,50 Mk.**

Gediegener Leder-Mädchen-Spangenschuh Grösse 25/26 **2,30 Mk.**

Saffianleder-Haus-Schuh für Knaben u. Mädchen Grösse 25/27 **1,30 Mk.**

Haltbarer Lederschnürschuh für Knaben u. Mädchen Grösse 25/26 **2,30 Mk.**

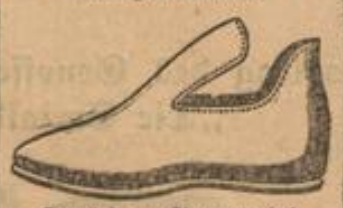
Derber Knaben-Agraffen-Stiefel Grösse 27/28 **3,90 Mk.**

Wir bitten genau auf unsere Firma

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg

zu achten.

Herren-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.



Comptoir- u. Strassenschuh gepolstert, mit Filz- u. Ledersohle, für empfindliche Füsse sehr zu empfehlen **3,00 Mk.**

Filz-Zug-Stiefel mit Lederbesatz warmer, haltbarer Strassenstiefel **6,80 Mk.**

Leder-Zug-Stiefel bequem haltbar **4,50 Mk.**
Leder-Schnür-Stiefel dauerhaft elegant **7,00 Mk.**

Leder-Schnallen-Stiefel bequemster Stiefel der Jetztzeit **9,50 Mk.**

Schon nächste Woche

Ziehung: 26., 28., 29., 30. Oct. und 1., 2. Nov. 1901.

4. Meissner Dombau-Geld-Lotterie

13 160 Gewinne und 1 Prämie in Höhe von

Mark 375000 Mark.

Baargeld ohne Abzug. Im glücklichsten Falle ist

der grösste Gewinn	100000	Mark
1 Prämie zu	60000	Mark
1 Haupt-Gewinn zu	40000	Mark
1 Haupt-Gewinn zu	20000	Mark
1 Haupt-Gewinn zu	10000	Mark
2 Gewinne zu	5000 Mk. – 10000	Mark
5 Gewinne zu	3000 Mk. – 15000	Mark
20 Gewinne zu	1000 Mk. – 20000	Mark
30 Gewinne zu	500 Mk. – 15000	Mark
50 Gewinne zu	300 Mk. – 15000	Mark
150 Gewinne zu	100 Mk. – 15000	Mark

400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mk.

Loose à 3 Mark Porto und Liste 30 Pf. extra

gegen Postanweisung oder Nachn. durch das General-Debit

Alex. Hessel, Dresden, Weissegasse 1. K. S. Lotterie-Collection.

Verkaufsstellen in Berlin: **Oscar Bräuer & Co. Nachf.**, W., Friedrichstrasse 181, Wilsnackerstr. 63, Andreasstr. 46a; **Neubauer & Co.**, W., Friedrichstr. No. 196/99; **Ludwig Müller & Co.**, C., Breitestrasse 5; **Carl Heintze**, W., Unter den Linden 3; **Emanuel Meyer jr.**, C., Stralauerstr. 54; **Carl Leipziger**, C., Rosenthalerstr. 53; **Hugo Rendelmann**, W., Friedrichstrasse 205; **H. Bündheim**, SW. 19; **Julius Hahle**, W., Friedrichstr. 160; **H. Miles**, Sebastianstrasse 77; **J. Rosenberg**, Kommandantenstrasse 51; **R. Schumacher**, Unter den Linden 43, und in allen durch Plakate kenntlichen Looshandlungen.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en detail

Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. | **Hauptstraße 143,** Schöneberg.

Telephon Amt IV 447 — Telephon Amt IX 5950

Herbst- u. Winter-Paletots in Eskimo, Cheviot und Krimmer von **16,50—42 M.**

Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Gehrock-Anzüge von Mk.	27 an	Jünglings-Anzüge von Mk.	12 an
Rock-Anzüge	23 „	Knaben-Anzüge	3 „
Jackett-Anzüge	15 „	Winter-Joppen	5 „
Beinkleider	5 „	Knaben-Joppen, einzelne Hosen.	
Schlafröcke	8,50 „	Berufskleidung f. jed. Gewerbe.	

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigner Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben kostet mit Satinfutter 1,75 M. mit Atlasfutter 2 M.

Dieser steife Hut kostet mit Futter 3 M.

Oscar Arnold

Engros — **Hüte und Mützen** — Export

Pelzwaaren

nur Dresdenerstr. 116 (kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen Formen und Qualitäten!

Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Bayrisch Malzextraktbier.

Bestes und billigstes all. diätetischen Malzbiere. Unübertroffen. Nährmittel für Blutarme, Schwächliche und Lungenleidende. Vielfach ärztlich empfohlen. Mehrfach prämiirt. 20 Fl. 3 M. fr. Haus od. fr. Bahn. Berlin.

Brauerei Bavaria Berlin NO., Wasmannstr. 28a.

Berliner Bock-Ale 30 Flaschen 3 Mark.

Berliner Porter 35 Flaschen 3 Mark.

Versand nach allen Bahnstationen. Kein Flaschenpfand.

Meissner Geld-Lotterie

Ziehung vom 26. Oktober bis 2. November 1901

Höchster Gewinn 100,000 M. im günstigsten Fall:

2560L*

in Summa 13 160 Gewinne ohne jeden Abzug zahlbar.

Lose a 3 Mk., für Porto und Gewinnliste 30 Pfennig extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze, Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.

Kohlen sind billiger.

100 Stück 6 Zoll lang nur		65	Pfg.
100 „ 7 „ „		75	„
100 „ 7 „ Ilse	„	90	„
1 Scheffel bester Steinkohlen		90	„

ab Platz Mitte Brombergerstraße 14, 12 Handwagen borge umsonst! Josef Fischer, Amt VII, 2012.

Dr. Schünemann,

Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8.

Eigene Fabrikation.

Fertige Kleider

Enorm billig

praktische reinwoll.

Jackettkleider

neue Modelle elegante Façons in Covercoat u. Homespun 15 M., 20 M., in feinster Ausführung 30 M.

Reich garnierte

Strassenkleider

20 M., 25 M., 30 M.

Schwarze Kleider in Phantasiestoffen 20 M., 25 M.,

Blusenhemden entzückende Wiener Streifen 4.50 M., 6.50 M., 8 M.

Eleg. weisse Kleider in Cheviotkammgarn 30 M.

Tailor made-Kragen aus feinem Eskimo, hellfarbig u. schwarz, glatt u. bestickt 15 M., 20 M.

Kostümröcke elegante Façons 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., aus **Seide 25** M., aus Alpacca 4.50 M., 6 M. bis 30 M., aus **weiss** und **crême**-Cheviot und Piqué 3, 5, 7—15 M.

Englische **Taillenkleider** tadelloser Sitz, feinste Schneiderarbeit in Cheviot, Homespun und Zobelfuch 36 M., 45 M., 50 M.

Seidenblusen in eleganten Phantasiemustern 6.50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Mass-Anfertigung.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Sociales.

Der wirthschaftliche Niedergang spricht sich in vielerlei Erscheinungen aus. Charakteristische Thatsachen liefert der statistische Monatsbericht der Stadt Mannheim. Danach wurden in den Monaten Januar bis August 1900 von dem Verein gegen Hausbettelei 3431 Personen unterstützt, in dem gleichen Zeitraum des laufenden Jahres aber 4647 Personen; dabei ist es bezeichnend, daß die Differenz zwischen den gleichen Monaten der beiden Jahre von Monat zu Monat gestiegen ist, so daß im August 1901 beinahe doppelt so viel Personen unterstützt wurden, wie im August 1900. Dagegen wird ein bemerkbarer Rückgang des Fleischkonsums vom Juli zum August per Kopf der Einwohner konstatiert. Dazu kommt, daß die Nachweisungen über den Güterverkehr in den Alt-Mannheimer Häfen für August 1901 einen Rückgang in der Versendung von Eisenfabrikaten und Holz gegen August 1900 ergeben.

Preußische Schulzustände. Wie wir unsrem Forster Parteiblatte entnehmen, hat in dem Dorfe Stentsch des Kreises Züllichau-Schwiebus der einzige gegenwärtig thätige Lehrer nicht weniger wie **246** Schüler zu unterrichten. Lehrer wie Schüler dieses Ortes sind im höchsten Maße zu bedauern.

Die Einrichtung eines Hafeninspektorats für Bremerhaven ist von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen worden. Die Einrichtung ist ebenso wie die bereits in der Stadt Bremen seit bald zwei Jahren bestehende gleiche eine Frucht des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks.

Die Verbreitung der Geisteskrankheit in London. In der letzten Sitzung des Londoner Grafschaftsrats wurde berichtet, daß die Grafschaft London für 17 477 Geisteskranke zu sorgen habe; es sind dies 22 Proz. der Irren von England und Wales. Die Zunahme sei eine so schnelle gewesen, daß in der letzten Zeit sich ein Mangel von über 1000 Betten eingestellt habe. Im letzten Jahre allein wurden 3531 mit geistigen Defekten Behaftete an die städtischen Asyle eingeliefert; davon wären 1671 Männer und 1860 Frauen. — Nach den eingehenden Untersuchungen der Direktion der Asyle mußte auch hier wieder festgestellt werden, daß Alkohol und Armut die hauptsächlichsten Ursachen der Geisteskrankheiten bilden. Aus den Distrikten Londons, wo der Hunger der tägliche Gast ist und die Schankhäuser die besten Geschäfte machen, wo die Haus-Agrarier sich ihre elenden Löcher mit Gold aufwiegen lassen, kommt die größte Zahl dieser Unglücklichen. Während in dem Vorort Hampstead auf das Tausend Einwohner nur 1,9 pro Tausend, in Lewisham 2,5 pro Tausend Geisteskranke gezählt wurden, kommen auf die City-Distrikte St. Georg 5,7, Panoras 6,7, Whitechapel 6,7, Helborn 8,1, auf den Strand-Distrikt gar 10 pro Tausend der Einwohner.

Die englische Großeinkaufs-Gesellschaft in Australien. Das australische Depot der C. W. S. wurde vor etwa 4 Jahren errichtet. Sein Hauptquartier wurde nach Sidney gelegt, die Leitung übernahm Mr. Fairbairn aus Newcastle. Das Depot wies seit seiner Gründung einen beständig wachsenden Umsatz auf und brachte die Genossenschafter bei den Antipoden zu engerer Verbindung mit denen in England. Das trug zu gegenseitigem Vorteil bei. Im letzten Jahr wurden Landesprodukte, wie Weizen, Butter, Talg usw., im Werte von 163 000 Pfd. Sterl. von dem Depot in Sidney nach England geliefert. Sidney ist seit langer Zeit einer der größten Talg-Märkte der Erde gewesen und versandte diese Ware meistens nach London. Seitdem das Depot arbeitet, werden die Einkäufe der C. W. S. direkt an ihre Seifenwerke in Irlam versendet, was eine bedeutende Ersparnis an Fracht und Provision ermöglicht. Anfang dieses Jahres wurde eine weitere Vergrößerung der Filiale Sidney beschlossen, indem man sich für die Errichtung einer eignen Talgsiederei an Ort und Stelle und für die einer Kokosnußöl-Fabrik entschied. Das genannte Oel wird aus Kopra, den getrockneten Kernen der Kokosnuß hergestellt, die auf den Südsee-Inseln so allgemein verbreitet ist. Agenten sammeln sie auf den verschiedenen Inseln und verschiffen sie auf Dampfern nach Sidney. Der Direktor der C. W. S., Moorhouse, fuhr im Februar nach Sidney und kam nach eingehenden Studien im August wieder zurück. Er hat im Interesse der Großeinkaufs-Gesellschaft Süd-Australien, Viktoria und Neusüdwales besucht. Als er Sidney verließ, näherten sich die neuen Werke bereits der Vollendung. Die Großeinkaufs-Gesellschaft arbeitet in Australien hauptsächlich mit genossenschaftlichen Farmerorganisationen und bringt auf diese Weise Produzenten und Konsumenten, die 13 000 englische Meilen von einander entfernt sind, in Berührung.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Blumen-, Blätter- und Feder-Arbeiter und -Arbeiterinnen hielt nach ½jährigem Bestehen am Dienstag seine erste Generalversammlung im Vereinslokal, den „Arminhallen", ab. Frau Ihrer hielt zur Einleitung eine kurze Ansprache an die Mitglieder, sie zur regeren Agitation unter ihren Kolleginnen ermunternd. Im weiteren gab sie einen Ueberblick über das dem Verein vorliegende Arbeitsgebiet.

Die Vorsitzende Frau Rönsch konnte in ihrem Geschäftsbericht mitteilen, daß man neben den vier Vereinsversammlungen für Berlin auch in Strausberg, Friedrichsberg und Friedrichshagen Verbindungen anzuknüpfen versucht habe. Im letztgenannten Ort haben sich von den zahlreichen in der Federbranche thätigen Heimarbeiterinnen 35 in der ersten Versammlung angeschlossen. Um aber die Agitation noch weiter hinaustragen und rege halten zu können, sei die Wahl einer Agitationskommission nötig.

Der Kassenbericht ergab, daß die Einnahmen nur um ein geringes die Ausgaben übersteigen; die Anschaffung der nötigen Vereins-Utensilien haben die Hauptausgaben verursacht.

Es werden sodann Frau Ihrer, Herr Sinn und Frau Hancke in die Agitationskommission gewählt.

Es wird weiter vorgeschlagen, eine Delegierte zur Gewerkschaftskommission zu wählen; auch in den Ausschuß der Krankenkassen eine solche zu entsenden, sei zu empfehlen.

Beide Punkte werden für die Tagesordnung der nächsten Versammlung zurückgestellt, in der Dr. Freudenberg über die Wichtigkeit der Krankenkassen für die Arbeiterinnen referieren wird.

Bekanntmachung betreffend: **Sauers Haematogen-Nähr-Kakao.**

Präparate, welche einen Wert haben und vom Publikum gern gekauft werden, sind der Konkurrenz ein Dorn im Auge. Alle möglichen Anstrengungen werden getroffen, um dieselben dem Publikum zu verleiden. So wurde auch von unserem Präparat behauptet, daß das Publikum (also Blutarme, Bleichsüchtige, Kranke und schwache Kinder) nur unser Präparat kaufe, weil es glaube, nur einen unvermischten Kakao zu erhalten! In Wirklichkeit kauft das Publikum unser Präparat, weil es ein **Haematogen** (also eine blutbildende Nahrung) haben will, welches angenehm nach Kakao schmeckt und nicht so unangenehm, wie flüssiges Haematogen. Reiner Kakao ist nicht das Nahrungsmittel, für welches es ausgegeben wird; denn ¼ Pfund reiner unvermischter Kakao hat nach Aussage der Aerzte nur denselben Nährwert wie ¼ Liter Milch und mehr wie 1/10 Pfund reinen Kakao kann kein Mensch den Tag über vertragen. Von unserem Haematogen-Nähr-Kakao kann aber mehr wie das Dreifache vertragen werden. 25989*

Haematogen-Nähr-Kakao

bewirkt eine ständige Zunahme des Körpergewichts und wirkt appetitanregend in hohem Maße. Die Wirkung und die Güte ist von Aerzten und Chemikern klargelegt und bewiesen.

Um jedoch die Konkurrenz, die in unserem Präparat nur einen unvermischten Kakao sehen will, in Zukunft nicht zu mißliebigen Aeußerungen über unser Präparat zu veranlassen, nennen wir dasselbe von jetzt ab:

Hommerolade

Hommerolade

enthält im Pfund 25 Gr. konzentriertes (also eingedampftes) Haematogen; außerdem, damit das Präparat gut schmeckt und appetitlich aussieht, Kakao, Zucker und Stärkemehl.

Hommerolade

ist mithin ein empfehlenswertes Kräftigungsmittel für: **Blutarme, Bleichsüchtige und schwache Kinder**, welches in den Apotheken, Droguenhandlungen und einschlägigen Geschäften zum Preise von **Mark 3.—** für ein Pfund erhältlich ist.

Meine sämtlichen Präparate stehen unter der ständigen Kontrolle des Apothekers und Nahrungsmittel-Chemikers P. Lohmann, Chem. Sachverständiger der Königl. Landgerichte I und II Berlin.

Friedrich Gustav Sauer, medicinisch-chemisches Institut, **Berlin C. 2., Neue Friedrichstr. 36.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 19. Oktober.

Opernhaus. Der fliegende Holländer. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Florio und Flavio. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Wildente. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Fee Caprice. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Troubadour. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Aschenbrödel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Tatoto. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbiere. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken. Nachm. 4 Uhr: Zu kleinen Preisen: „Mittelmeerfahrten". Im Hörsaal: Dr. Donath: „Seifenblasen". Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.

Köpenick, Grünauerstr. 70.
H. Königs Restaurant
mit Garten und Dampfer-Haltestelle hält sich bestens empfohlen. 23862*

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr: **Figaros Hochzeit** oder: **Ein toller Tag.**
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Beaumarchais Für die deutsche Bühne neu übersetzt und bearbeitet von Franz Dingelstedt.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Jugend.**
Sonntagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.
Montagabend 8 Uhr: Zum erstenmale: **Hans Huckebein.**

Central-Theater.
Heute Anfang 7½ Uhr, zum 767. Male: **Die Geisha.**
Operette in 3 Akten von S. Jones.
Sonntagnachmittag 3 Uhr volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.** Operette in 3 Akten von Karl Zeller.
Abends 7½ Uhr: **Die Geisha.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen.
Fritz Helmerding als Wolzogen.
Junkermann, Bojé. Anfang 7½ Uhr.

Apollo-Theater.
Auf vielfaches Verlangen noch einige Tage:
Frau Luna
mit dem Luftballett
Grigolatis.
Ferner:
die vorzüglich. Specialitäten.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: König Aqua.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Um 4 Uhr:
Zu kleinen Preisen:
Mittelmeerfahrten.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: „Seifenblasen".
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Passage-Panopticum
Sascha, der Haar-Athlet,
Panorama: Die Schlacht bei Wörth.
Die singende Bogenlampe.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare
6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. **Aschenbrödel.** Kindermärchen mit Gesang in 6 Bildern von A. v. Hahn.
Preise der Plätze: 10, 20, 30 u. 50 Pf.
Abends 8 Uhr! Abends 8 Uhr!
Unter persönl. Leitg. des Komponisten.
Zum 50. Male:
Berliner Rangen!
Große Ausstattungsposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Leonard.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Casino-Theater
Lothringerstrasse 39.
5 neue Debüts
u. a. Mr. **Resieps**, zum erstenmal in Berlin. — Die **drei reizenden Silvias — Steidl.**
Berlin N. — Berlin W.
Anf. wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Kabale und Liebe.

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Theater Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Sonnabend, den 19. Oktober 1901:
Neues Programm!
Täglich:
Die Gefangene. — Brettlleiters Höllenfahrt. — Ein Geheimnis. — In Vormundschaftssachen etc.
Anfang 8½ Uhr.

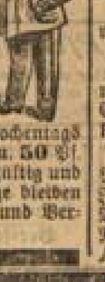
Passage-Theater.
Anfang wochent. 5, Sonntags 3, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth
die Kuhmagd a. d. Rheinlande.
Hiasl und Franzl,
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler.
17 erstkl. Nummern.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Herrliches Programm, u. a. **„Bosco".**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Wiederauftreten von
Adolf Hoffmann.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 6—7 Uhr Konzert.
Entree **50** und **75** Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree **30** u. **50** Pf.
Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Cirkus Busch.
Sonnabend, 19. Okt., abends 7½ Uhr
Zum erstenmale in Berlin:
Herr **Maximilian Brose** mit seinen **5 Elefanten.**
Vorzügliches Programm. Zum Schluß
Ils gust Brandenburg allewege.
Gr. Ritter- u. Reiter-Schaustück aus der kurbrandenb. Zeit zu Wasser u. z. Lande.

Cirkus Schumann
Renz-Gebäude. Karlstrasse.
Sonnabend, 19. Oktober 1901, abends 7½ Uhr:
IV. Grande Soirée High-Life.
Gala-Programm.
U. a.: Mr. **Ephraim Thompson,** der Unkopierbare, mit seiner ganz neu erfundenen Elefanten-Nummer. Dir. Alb. Schumanns neueste Originaldressuren rc. rc. Zum Schluß zum 8. Male:
A Travers Paris
(Quer durch Paris)
mit dem Schlußakt: **Nordseebad Scheveningen.**
Große Ausstattungs-Pantomime mit hervorragenden Licht- und Wasser-Effekten in 8 Akten von René Louis, Paris. Musik von Emile Dolaire, Paris.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 3½ Uhr u. abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: Mr. Ephraim Thompson mit s. Wunder-Elefanten. Nachm. 1 Kind frei. — Zum 9. Male: **A Travers Paris.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Nur erstklassige **Specialitäten.**
Direktion: **J. H. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Rixdorf, Berlinerstr. 12, Ecke Mainzerstrasse, nahe am Hermannplatz. **Neu eröffnet!**
Weiss- und Bairischbier-Lokal. Destillation und Restauration.
Vereinszimmer mit Piano u. Kegelbahn. Freunden u. Bekannten bestens empfohlen. **Albert Lorenz,** (früher Tischler.) Fernsprecher: Amt Rixdorf Nr. 218. 25013*

Köpenicker Gesellschaftshaus
Carl Seidel, Köpenick, Grünauerstraße 31.
Empfehle meine Lokalitäten mit großem Saal und Garten, Kegelbahn und Kaffeeküche bei Ausflügen auf dem Wege nach Grünau. — Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 23864*

Hüte
Chapeau claque . . von **7,50.**
Cylinderhüte . . . . von **4,00.**
Filzhüte . . . . . . von **1,50.**
Pelz-Waaren
nur eigenes Fabrikat.
Schirme grösstes Lager.
26041L*]
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. **2,** Ecke Skalitzerstrasse

WARENHAUS A. WERTHEIM

Rosenthalerstr. 27—29 u. 54. | Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung) | Oranienstr. 52—55.

Sonnabend und Montag, soweit der Vorrat reicht:

Herren-Paletots
blau u. schwarz Eskimo **24 u. 30 Mk.**

Herren-Beinkleider
dunkel gestreift **5.25 u. 6 Mk.**

Jackett-Anzüge
dunkelgrau **19.50 u. 24 Mk.**

Loden-Joppen
gefüttert **5.40 u. 7.50**

Die Artikel sind aus haltbaren Stoffen angefertigt. — Jedem Anzug u. Beinkleid sind Stoffreste beigefügt.

Möbel kauft man am besten und billigsten im **Fabriklager** des Tischlermeisters **Julius Kiwy, Chausseestr. 51.**

Achtung! Fast alle Molkereibesitzer, auch mehrere Milchhändler und Bäcker helfen die Milchverteuerungs-Pläne des agrarischen Milchrings dadurch fördern, daß sie Ringmilch verkaufen beziehungsweise mit dem Milchring in Geschäftsverbindung stehen! **Achtung!**

Wer den Agrariern zu einem **willkürlichen Preismonopol** für **alle Lebensmittel, erst Milch,** dann **Butter, Käse, Fleisch, Kartoffeln, Obst, Gemüse** usw. verhelfen will, kauft von der **Ring**'schen **Milchcentrale;** [2603L*]

jeder andre beachte die ringfreien Geschäfte.

Sämtliche Geschäfte, die ringfreie Milch führen, haben das rote Vereins-Plakat mit dem Namen **Wiesener** und dem Stempel des Vereins Berliner Milchpächter.

Vereinigte Milchhändler Berlins und Vororte.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration verkauft Wrangelstraße 68. 1140b*

Restauration. altes Geschäft, Arbeiterverkehrs-Lokal, wegen Streitigkeit mit dem Hauswirt zu verkaufen. Ausschank wöchentlich 3 bis 4 Tonnen. Bier halbe Weißen. Mehrere Vereine und Fabriken. Näheres bei Schultz, Blumenstraße 14, Cigarrenladen. †96*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als Milchkübel, Milchkannen, Milchsiebe 2c. billigst bei Jordan, Kleine Markusstraße 28. 893R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrengarderobe, auffallende Ersparnis, Maßabteilung Engrosfirma Jabisch Laband, Spandauerstraße 76.

Hochelegante Anzüge und Paletots nach Maß liefert gut und sehr billig. Wer Stoff hat liefere Anzug von 15,00 an. B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 22. 855R*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 848R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [808R*

Kanarienhähne, Vorsänger, Knorr-, Hohl- und Klingelroller, Köpnickerstraße 154a, IV. 1527b

Spottbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoruhren, Regulatoren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. [791*

Bettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinenbaunen, Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger-Allee 37, I. 843K*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kinderwagen, Sportwagen, Mietenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, o, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. †22R*

Fahrräder. Jahresgarantie, 80,00. Schädel, Schmidstraße 8. [79/5*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Kanarien-Auswahl, Knorr-, Hohl-, Klingelroller 5 M., Zeisige, Stieglitze, Hänflinge, Rotkehlchen billig. Auswahl von Papageien, praktische Käfige zu Fabrikpreisen, gut gereinigtes Vogelfutter Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 1170b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nußbaummöbel, Taschensofa, Schlafsofa, Kleiderschrank, Vertiko, Schreibtisch, Waschtoilette, Ausziehtisch, Sofatisch, Teppich, Oelgemälde, Bettstellen, Spiegelspind, Muschelspiegel 10,00, Säulentrumeau 30,00 verkäuflich. Gelegenheitskauf Gartenstraße 148, I links. [†136*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 77/7*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61. 1121b*

Kanarien-Vorschläger, Hahn, 4 Mark. Baum, Chorinerstraße 34, Quergebäude. 1192b

Kinderwagen verkauft Blanckestr. 1, Stralsunderstraße 36. 1191b

Bett, Umstände halber, 17,00. Köpnickerstraße 26, III. 1194b

Wegen Grundstücks-Uebernahme Schankgeschäft verkäuflich Boltastraße Nr. 52. *67

Restaurations-Lokal, großer Laden, großes Vereinszimmer, schöne Bierkellerei, helle Kegelbahn, zwei große Stuben, Küche, 1500 Mark Jahresmiete, Rostockerstraße 31, nahe Stadtbahnhof Beusselstraße. Auch verkaufe das Haus billig mit geringer Anzahlung. Mertins, Karlshorst. *

Schankgeschäft mit Hausverwaltung billig zu verkaufen. Erfragen: A. Mayer, Oderbergerstraße 39. [1198b

Grünkramgeschäft billig zu verkaufen. Raupachstraße 7. [†96*

Fahrräder, wenig gebrauchte und neue, erstklassig, verkauft Frau Kunsch, Posenerstraße 6. [†40

Restauration zu verkaufen. Rostockerstraße 40. [1203b*

Vermischte Anzeigen.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Sickingenstraße 4. [†77*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767R*

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegliterstraße 65. 934b*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Naterteilung, Andreasstraße dreiundsechzig. 1147b

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. [1156b*

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. *

Fahrrad kauft Willsch, Pappel-Allee 116. 1150b

Jeden Posten Tuchabfälle kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. [1014b*

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. [1013b*

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 736R*

Restaurant und Festsäle von Julius Wernau, Schwedterstr. 23/24. Zur Herbstsaison halte mein Lokal auf das beste empfohlen. Theater-Vorstellungen, Tanzlustbarkeiten, Volksbelustigungen aller Art. Speisen à la carte. Gut gepflegte Biere. [*

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Pianino noch einige Tage in der Woche frei. Paul Kobus, Andreasstraße 33 [805R*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. [872R*

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zahlstelle. Rudolf Jurran, Naunynstraße 86. *

Berichtigung. Ich erkläre hiermit, daß ich keine Ringmilch verkauft habe. J. Schulze, Molkereibesitzer, Pücklerstraße 10. †78

Vereinszimmer empfiehlt Große, Brückenstraße 2. 1186b*

Zither-Unterricht erteilt gründlich Luise Rabe, Jahnstraße 6, Quergebäude 4 Treppen. 1184b*

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. Theodor Rudloff, Chorinerstraße 32. [1199b

Uhren repariert Flade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. [†139*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für ein anständiges Mädchen bei Conrad, Höchstestraße 1, vorn IV. †41

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Malachstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

4 bis 6 Korbmachergesellen auf Maßarbeit, dauernde Beschäftigung, sucht Fechner, Borhagen. 1177b*

Belegerin für Goldleisten verlangt Probst, Köpnickerstraße 37. [1154b*

Ein tüchtiger Bildergolzer wird sofort bei hohem Lohn nach außerhalb verlangt, der das Rahmenmachen gut versteht. Solche, die schon auf Kreissäge mit elektrischem Betrieb gearbeitet haben, haben Vorzug. Max Biber, Neanderstraße 4. 1189b

Rahmentischler auf gekröpfte Rahmen, geübt, wird verlangt Köpnickerstraße 109a. 1195b

Tüchtigen Grundierer verlangt C. Ruthenberg, Weißensee. [†126

Tüchtige Klempner, die bereits in Blechemballagen gearbeitet haben, sucht Schäfer Nachfolger, Aktiengesellschaft, Lützowstraße 107/8.

Barock-Vergolderin verlangt Landwehrstraße 5/6. 1195b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ein 2597R*

tüchtiger Arbeiter

auf geschweifte

Möbelgestelle,

der sich auch zum Vorarbeiter eignet, zu baldigem Eintritt gesucht.

Erste Würzburger Möbelfabrik **Gebrüder Billigheimer, Würzburg.**

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.